juris-Abkürzung: AZRG

Ausfertigungs-

02.09.1994

Quelle: |UTIS

datum:

Gültig ab: 01.10.1994
Dokumenttyp: Gesetz

Fundstelle: BGBI I 1994, 2265 **FNA:** FNA 26-8, GESTA B93

Gesetz über das Ausländerzentralregister AZR-Gesetz

Gesamtausgabe in der Gültigkeit vom 01.05.2025 bis 31.10.2025

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 12 G v. 8.5.2024 I Nr. 152

Fußnoten

Dieses Gesetz ändert die nachfolgend aufgeführten Normen

Vorschrift	Änderung	geänderte Norm	Gültigkeit		
			ab	bis	i.d.F.
§ 43	Aufhebung	BVwAG § 6	1.10.1994		
§ 43	Aufhebung	HumHiG § 2 Abs 2	1.10.1994		
§ 44 S 1	Inkraftsetzung	AZRG außer § 40, § 41	1.10.1994		
§ 44 S 2	Inkraftsetzung	AZRG § 40 AZRG § 41	9.9.1994		

Eingangsformel

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

Kapitel 1

Registerbehörde und Zweck des Registers

§ 1 Registerbehörde, Bestandteile des Registers, Zweck des Registers

Kapitel 2

Allgemeiner Datenbestand des Registers

Abschnitt 1

Anlaß der Speicherung, Inhalt

- § 2 Anlaß der Speicherung
- § 3 Allgemeiner Inhalt

- § 4 Übermittlungssperren
- § 5 Suchvermerke

Abschnitt 2

Datenübermittlung an die Registerbehörde, Verantwortlichkeiten, Aufzeichnungspflicht

- § 6 Übermittelnde Stellen, Inhalt der Datenübermittlung
- § 7 Übermittlung und Veränderung von Daten im Wege der Direkteingabe
- § 8 Verantwortung für den Registerinhalt, Datenpflege
- § 8a Datenabgleich
- § 9 Aufzeichnungspflicht bei Speicherung

Abschnitt 3

Datenübermittlung durch die Registerbehörde, Dritte, an die Daten übermittelt werden

Unterabschnitt 1

Datenübermittlung an öffentliche Stellen

- § 10 Allgemeine Vorschriften für die Datenübermittlung
- § 11 Zweckbestimmung, Weiterübermittlung von Daten
- § 12 Gruppenauskunft
- § 13 Aufzeichnungspflicht bei Datenübermittlung
- § 14 Datenübermittlung an alle öffentlichen Stellen
- § 15 Datenübermittlung an Ausländerbehörden, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften, Vollzugseinrichtungen, Luftsicherheitsbehörden, atomrechtliche Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden, oberste Bundes- und Landesbehörden sowie das Bundesamt für Justiz
- § 15a Automatisierte Datenübermittlung an Ausländerbehörden und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- § 16 Datenübermittlung an Gerichte
- § 17 Datenübermittlung an das Zollkriminalamt
- § 17a Datenübermittlung an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen
- § 17b Datenübermittlung an die Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung
- § 18 Datenübermittlung an die Bundesagentur für Arbeit und die Behörden der Zollverwaltung
- § 18a Datenübermittlung an die Träger der Sozialhilfe und die für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Stellen
- § 18b Datenübermittlung an die Bundesagentur für Arbeit und die für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Stellen
- § 18c Datenübermittlung an die für den öffentlichen Gesundheitsdienst zuständigen Behörden
- § 18d Datenübermittlung an die Jugendämter
- § 18e Datenübermittlung an die Meldebehörden
- § 18f Datenübermittlung an die Familienkasse Direktion der Bundesagentur für Arbeit
- § 18g Datenübermittlung an die Träger der Deutschen Rentenversicherung
- § 19 Datenübermittlung an die Staatsangehörigkeits- und Vertriebenenbehörden

§ 20 Datenübermittlung an die Verfassungsschutzbehörden, den Militärischen Abschirmdienst und den Bundesnachrichtendienst § 21 Datenübermittlung an das Auswärtige Amt, die deutschen Auslandsvertretungen, das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten und andere öffentliche Stellen im Visaverfahren und im beschleunigten Fachkräfteverfahren § 21a Datenübermittlung an das Bundesverwaltungsamt im Rahmen des Registrier- und Asylverfahrens § 22 Abruf im automatisierten Verfahren § 23 Statistische Aufbereitung der Daten § 23a Datenübermittlung an die Bundesagentur für Arbeit für Zwecke der Beschäftigungsstatistik § 24 Planungsdaten § 24a Verarbeiten personenbezogener Daten für wissenschaftliche Zwecke

Unterabschnitt 2

Datenübermittlung an nichtöffentliche Stellen, Behörden anderer Staaten und über- oder zwischenstaatliche Stellen

- § 25 Datenübermittlung an nichtöffentliche Stellen, die humanitäre oder soziale Aufgaben wahrnehmen
- § 26 Datenübermittlung an Behörden anderer Staaten und an über- oder zwischenstaatliche Stellen
- § 26a Datenübermittlung an die Europäische Kommission nach Artikel 27 der Richtlinie 2001/55/EG
- § 27 Datenübermittlung an sonstige nichtöffentliche Stellen

Kapitel 3

Visadatei

- § 28 Anlaß der Speicherung
- § 29 Inhalt
- § 30 Übermittelnde Stellen
- § 31 Allgemeine Vorschriften für die Datenübermittlung
- § 32 Dritte, an die Daten übermittelt werden
- § 33 Abruf im automatisierten Verfahren

Kapitel 4

Rechte der betroffenen Person

§ 34 Auskunft an die betroffene Person; Datenschutzcockpit

Kapitel 5

Berichtigung von Daten, Löschung von Daten und Einschränkung der Verarbeitung

- § 35 Berichtigung
- § 36 Löschung
- § 37 Einschränkung der Verarbeitung
- § 38 Unterrichtung beteiligter Stellen und der betroffenen Person

Kapitel 6

Weitere Behörden

§ 39 Aufsichtsbehörden

Kapitel 7

Schlußvorschriften

- § 40 Rechtsverordnungen
- § 41 Verwaltungsvorschriften
- § 42 Strafvorschriften
- § 43 Aufhebung von Rechtsvorschriften
- § 44 Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren

Fußnoten

Inhaltsübersicht: IdF d. Art. 13 Nr. 1 G v. 9.1.2002 | 361 mWv 1.1.2002, d. Art. 35 Nr. 1 G v. 23.12.2003 | 2848 mWv 1.1.2004, d. Art. 4 Nr. 1 G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005, d. Art. 4 Nr. 1 G v. 11.1.2005 | 78 mWv 15.1.2005, d. Art. 24 Nr. 1 G v. 21.6.2005 | 1818 mWv 1.7.2005, d. Art. 4 Nr. 1 Buchst. a u. b G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007, d. Art. 2 Nr. 1 G v. 17.3.2009 | 556 mWv 1.1.2010, d. Art. 1 Nr. 1 iVm Art. 1 Nr. 20 u. Art. 3 Abs. 2 G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 28.12.2012, d. Art. 2 Nr. 1 G v. 8.7.2014 | 890 mWv 16.7.2014, d. Art. 2 Nr. 1 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016, d. Art. 3 Nr. 1 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 1.11.2016, d. Art. 3 Nr. 1 G v. 22.12.2016 | 3155 mWv 1.1.2018, Art. 3 Nr. 1 G v. 23.6.2017 | 1822 mWv 26.6.2017, d. Art. 1 Nr. 1 nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 1.11.2019, d. Art. 52a Nr. 1 G v. 15.8.2019 | 1307 mWv 1.3.2020, d. Art. 47 Nr. 1 Buchst. a bis f G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019, d. Art. 5 Abs. 2 Nr. 1 G v. 12.6.2020 | 1241 mWv 24.6.2020, d. Art. 7a Nr. 1 G v. 3.12.2020 | 2744 mWv 12.12.2020, d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. a u. b G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022, d. Art. 14 Nr. 1 G v. 19.12.2022 | 2606 mWv 28.12.2022, d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. a u. e G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024 u. d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. f G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 1.5.2025

Kapitel 1 Registerbehörde und Zweck des Registers

§ 1 Registerbehörde, Bestandteile des Registers, Zweck des Registers

- (1) ¹Das Ausländerzentralregister wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführt (Registerbehörde). ²Das Bundesverwaltungsamt verarbeitet die gespeicherten Daten im Auftrag und nach Weisung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, soweit das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Daten nicht selbst verarbeitet. ³Das Ausländerzentralregister besteht aus einem allgemeinen Datenbestand und einer gesondert geführten Visadatei.
- (2) ¹Die Registerbehörde unterstützt durch die Speicherung und die Übermittlung der im Register gespeicherten Daten von Ausländern die mit der Durchführung ausländer- oder asylrechtlicher Vorschriften betrauten Behörden und andere öffentliche Stellen. ²Bei Unionsbürgern, bei denen eine Feststellung des Nichtbestehens oder des Verlusts des Freizügigkeitsrechts nicht vorliegt, unterstützt die Registerbehörde nur die mit der Durchführung ausländer- oder asylrechtlicher Vorschriften betrauten Behörden.
- (3) ¹Das Bundeskriminalamt leistet Amtshilfe bei der Verarbeitung der nach § 16 Absatz 1 Satz 1 des Asylgesetzes und § 49 des Aufenthaltsgesetzes erhobenen Daten. ²Sie werden dort getrennt von anderen erkennungsdienstlichen Daten gespeichert.

Fußnoten

§ 1 Abs. 1: IdF d. Art. 4 Nr. 2 G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005 § 1 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 47 Nr. 2 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 1 Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013 § 1 Abs. 3: Eingef. durch Art. 2 Nr. 2 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016

Kapitel 2 Allgemeiner Datenbestand des Registers

Abschnitt 1 Anlaß der Speicherung, Inhalt

§ 2 Anlaß der Speicherung

- (1) Die Speicherung von Daten eines Ausländers ist zulässig, wenn er seinen Aufenthalt nicht nur vorübergehend im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat.
- (1a) Die Speicherung von Daten eines Ausländers ist zulässig, wenn ein Ausländer
- 1. ein Asylgesuch geäußert hat,
- 2. unerlaubt eingereist ist oder
- 3. sich unerlaubt im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufhält.
- (2) Die Speicherung ist ferner zulässig bei Ausländern,
- 1. die einen Asylantrag gestellt haben oder über deren Übernahme nach den Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft oder eines völkerrechtlichen Vertrages zur Durchführung eines Asylverfahrens entschieden ist,
- 2. die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes beantragt haben oder denen eine solche Aufenthaltserlaubnis erteilt worden ist,
- 3. für oder gegen die aufenthaltsrechtliche Entscheidungen getroffen worden sind, gegen die Maßnahmen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht nach Kapitel 5 Abschnitt 2 des Aufenthaltsgesetzes erfolgt sind oder die Antrag auf einen Aufenthaltstitel oder paßrechtliche Maßnahme gestellt haben, ausgenommen Entscheidungen und Anträge im Visaverfahren,
- 4. gegen deren Einreise Bedenken bestehen, weil die Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes nicht vorliegen oder öffentlich-rechtliche Geldforderungen aus früheren Aufenthalten oder wegen aufenthaltsbeendender Maßnahmen bestehen und denen die Einreise und der Aufenthalt nicht erlaubt werden sollen, es sei denn, es besteht ein Recht zum Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes,
- 5. die zur Zurückweisung an der Grenze ausgeschrieben sind,
- 6. die zur Festnahme, Aufenthaltsermittlung, Inobhutnahme oder Ingewahrsamnahme ausgeschrieben sind,
- 7. bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, daß sie im Geltungsbereich dieses Gesetzes Straftaten nach § 95 Abs. 1 Nr. 8 des Aufenthaltsgesetzes, nach § 30 Abs. 1 oder § 30a Abs. 1 des Betäubungsmittelgesetzes oder nach § 129 oder § 129a, jeweils auch in Verbindung mit § 129b Abs. 1, des Strafgesetzbuches oder mit terroristischer Zielsetzung andere Straftaten, insbesondere Straftaten der in § 129a des Strafgesetzbuches bezeichneten Art, planen, begehen oder begangen haben, oder die durch Straftaten mit terroristischer Zielsetzung gefährdet sind,
- 7a. bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass sie eine Straftat nach § 89a oder § 89b des Strafgesetzbuchs begehen oder begangen haben,
- 8. die ausgeliefert oder durch den Geltungsbereich dieses Gesetzes durchgeliefert worden sind,
- 9. deren Antrag auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit oder der Eigenschaft als Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes abgelehnt worden ist,

- 10. bei denen die Feststellung der Aussiedlereigenschaft im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes oder der Spätaussiedlereigenschaft im Sinne des § 4 des Bundesvertriebenengesetzes abgelehnt oder zurückgenommen worden ist,
- 11. die wegen einer Straftat nach § 95 Abs. 1 Nr. 3 oder Abs. 2 Nr. 1 des Aufenthaltsgesetzes verurteilt worden sind,
- 12. die entsprechend § 54 Absatz 2 Nummer 7 des Aufenthaltsgesetzes sicherheitsrechtlich befragt wurden.
- 13. die ohne den erforderlichen Pass oder Passersatz oder den erforderlichen Aufenthaltstitel in das Bundesgebiet befördert und bei der Einreise nicht zurückgewiesen werden, weil sie sich auf politische Verfolgung, Verfolgung im Sinne des § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes, die Gefahr eines ernsthaften Schadens im Sinne des § 4 Absatz 1 des Asylgesetzes oder die in § 60 Absatz 2, 3, 5 oder Absatz 7 des Aufenthaltsgesetzes bezeichneten Umstände berufen,
- 14. die nach Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 2018/1806 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (ABI. L 303 vom 28.11.2018, S. 39), von der Visumpflicht befreit sind und denen auf Grund des Vorliegens einer Verpflichtungserklärung nach § 66 Absatz 2 oder § 68 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes die Einreise gestattet wird.

(2a) Zum Zweck der Durchführung von Abgleichen nach § 73 Absatz 1a Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes ist die Speicherung von Daten ferner zulässig bei Ausländern,

- 1. für die ein Aufnahmegesuch gemäß Artikel 21 Absatz 1 oder ein Wiederaufnahmegesuch gemäß Artikel 23 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (ABI. L 180 vom 29.6.2013, S. 31) von einem anderen Mitgliedstaat an die Bundesrepublik Deutschland gestellt wurde,
- 2. die für ein Aufnahmeverfahren nach § 23 des Aufenthaltsgesetzes oder für die Gewährung von vorübergehendem Schutz nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes vorgeschlagen und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in die Prüfung über die Erteilung einer Aufnahmezusage einbezogen wurden oder
- 3. die für ein Umverteilungsverfahren aufgrund von Maßnahmen nach Artikel 78 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union vorgeschlagen und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in die Prüfung über die Erteilung einer Aufnahmezusage einbezogen wurden.
- (2b) Zum Zweck der Durchführung eines beschleunigten Fachkräfteverfahrens nach § 81a des Aufenthaltsgesetzes ist die Speicherung von Daten ferner zulässig bei Ausländern, bei denen der Erteilung eines Visums gemäß § 81a Absatz 3 Satz 1 Nummer 6 des Aufenthaltsgesetzes vorab zugestimmt wurde.
- (2c) Zum Zweck der Beschleunigung der Durchführung des Visumverfahrens ist die Speicherung von Daten ferner zulässig bei Ausländern, bei denen die Bundesagentur für Arbeit der Ausübung der Beschäftigung nach § 36 Absatz 3 der Beschäftigungsverordnung vom 6. Juni 2013 (BGBI. I S. 1499), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 18. Dezember 2020 (BGBI. I S. 3046) geändert worden ist, in der am 1. Januar 2021 geltenden Fassung bereits vor der Beantragung eines Visums zugestimmt hat.
- (3) Die Speicherung von Daten von Unionsbürgern ist nur zulässig bei solchen Unionsbürgern,
- 1. bei denen die Voraussetzungen des Absatzes 1 gegeben sind,
- 2. die ein Asylgesuch oder einen Asylantrag gestellt haben,
- 3. für oder gegen die aufenthaltsrechtliche Entscheidungen getroffen worden sind,
- 4. die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben,

- 5. die zur Zurückweisung an der Grenze ausgeschrieben sind,
- 6. die zur Festnahme oder Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben sind,
- 7. bei denen die Voraussetzungen des § 6 des Freizügigkeitsgesetzes/EU für den Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt gegeben sind, weil von ihnen eine terroristische Gefahr ausgeht.

- § 2 Abs. 1a: Eingef. durch Art. 2 Nr. 3 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016
- § 2 Abs. 2 Eingangssatz: IdF d. Art. 4 Nr. 2 Buchst. a G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007
- § 2 Abs. 2 Nr. 1: IdF d. Art. 4 Nr. 2 Buchst. b G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007
- § 2 Abs. 2 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. aa G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 2 Abs. 2 Nr. 3: IdF d. Art. 4 Nr. 3 Buchst. b G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005, d. Art. 4 Nr. 2 Buchst.
- c G v. 19.8.2007 l 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. bb G v. 8.5.2024 l Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 2 Abs. 2 Nr. 4: IdF d. Art. 4 Nr. 2 Buchst. d G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007
- § 2 Abs. 2 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. aa nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 1.5.2020
- § 2 Abs. 2 Nr. 7: IdF d. Art. 13 Nr. 2 Buchst. a G v. 9.1.2002 I 361 mWv 1.1.2002, d. Art. 5 Abs. 4 G v.
- 22.8.2002 | 3390 mWv 30.8.2002 u. d. Art. 4 Nr. 3 Buchst. d G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005
- § 2 Abs. 2 Nr. 7a: Eingef. durch Art. 4 Abs. 3 Nr. 1 G v. 30.7.2009 I 2437 mWv 4.8.2009
- § 2 Abs. 2 Nr. 10: IdF d. Art. 13 Nr. 2 Buchst. b G v. 9.1.2002 | 361 mWv 1.1.2002
- § 2 Abs. 2 Nr. 11: Eingef. durch d. Art. 13 Nr. 2 Buchst. b G v. 9.1.2002 | 361 mWv 1.1.2002; idF d. Art. 4 Nr. 3 Buchst. e G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005
- § 2 Abs. 2 Nr. 12: Eingef. durch Art. 4 Nr. 3 Buchst. f G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005; idF d. Art. 4 Nr. 2 Buchst. e G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019
- § 2 Abs. 2 Nr. 13: Eingef. durch Art. 4 Nr. 2 Buchst. f G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007; idF d. Art.
- 3 G v. 28.8.2013 | 3474 mWv 1.12.2013, d. Art. 14 Nr. 3 G v. 20.10.2015 | 1722 mWv 24.10.2015 u. d.
- Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. dd G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 2 Abs. 2 Nr. 14: Eingef. durch Art. 4 Nr. 2 Buchst. f G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007; idF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021
- § 2 Abs. 2a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v.
- 4.8.2019 | 1131 mWv 1.5.2020
- § 2 Abs. 2b: Eingef. durch Art. 7a Nr. 2 G v. 3.12.2020 I 2744 mWv 12.12.2020
- § 2 Abs. 2c: Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 Buchst. b G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021
- § 2 Abs. 3: Eingef. durch Art. Art. 1 Nr. 3 G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013
- § 2 Abs. 3 Nr. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 3 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016

§ 3 Allgemeiner Inhalt

- (1) Folgende Daten werden gespeichert:
- 1. die Bezeichnung der Stelle, die Daten übermittelt hat, und deren Geschäftszeichen,
- 2. das Geschäftszeichen der Registerbehörde (AZR-Nummer),
- 3. die Anlässe nach § 2 Absatz 1 bis 2c,
- 4. Familienname, Geburtsname, Vornamen, Schreibweise der Namen nach deutschem Recht, Geburtsdatum, Geburtsort, -land und -bezirk, Geschlechtseintrag, Doktorgrad, Staatsangehörigkeiten (Grundpersonalien),
- 5. abweichende Namensschreibweisen, andere Namen, frühere Namen und frühere Geschlechtseinträge (frühere Personalien), Aliaspersonalien, Familienstand, Angaben zum Ausweispapier, letzter Wohnort im Herkunftsland, freiwillig gemachte Angaben zur Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeiten des Ehegatten oder des Lebenspartners (weitere Personalien),
- 5a. das Lichtbild.
- 5b. die ausländische Personenidentitätsnummer,

- 5c. die gegenwärtige Anschrift im Bundesgebiet und Einzugsdatum,
- 5d. die früheren Anschriften im Bundesgebiet und Auszugsdatum,
- 6. Angaben zum Zuzug oder Fortzug, zur Förderung der freiwilligen Ausreise und Reintegration, zum aufenthaltsrechtlichen Status, zu Entscheidungen der Bundesagentur für Arbeit über die Zustimmung zur Beschäftigung oder über die in einem anderen Staat erfolgte Anerkennung als Flüchtling nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (BGBI. 1953 II S. 559) sowie das Sterbedatum,
- 7. Entscheidungen zu den in § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 bis 3, 9 und 10 sowie Absatz 2b und 2c bezeichneten Anlässen, Angaben zu den Anlässen nach § 2 Absatz 2 Nummer 4 bis 8, 11, 13 und 14 sowie Hinweise auf die Durchführung einer Befragung nach § 2 Absatz 2 Nummer 12,
- 7a. Angaben zum Bestehen eines nationalen Visums nach § 6 Absatz 3 des Aufenthaltsgesetzes,
- 8. Dokumente nach § 6 Absatz 5,
- 9. zum Zweck der Arbeits- und Ausbildungsvermittlung und zur Aufgabenerfüllung nach den §§ 43 bis 44a des Aufenthaltsgesetzes die Berechtigung oder Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen, sowie dazugehörige Kursinformationen,
- 10. das Geschäftszeichen des Bundesverwaltungsamtes für Meldungen zu einer laufenden Beteiligungsanfrage oder einem Nachberichtsfall (BVA-Verfahrensnummer).
- (2) Bei Ausländern nach § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 werden zusätzlich gespeichert:
- 1. Fingerabdruckdaten und die dazugehörigen Referenznummern,
- 2. Größe und Augenfarbe,
- 3. das Ausstellungsdatum und die Gültigkeitsdauer ihrer Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende gemäß § 63a des Asylgesetzes,
- 4. begleitende minderjährige Kinder und Jugendliche, Elternteile, Ehegatten und Lebenspartner jeweils mit Familienname und Vornamen,
- 5. der Staat, aus dem die Einreise unmittelbar in das Bundesgebiet erfolgt ist,
- 6. die Angaben über die Verteilung nach § 15a des Aufenthaltsgesetzes,
- 7. freiwillig gemachte Angaben zu Telefonnummern und E-Mail-Adressen,
- 8. das zuständige Bundesland, die zuständige Aufnahmeeinrichtung und Ausländerbehörde, die für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständige Stelle, bei minderjährigen Kindern und Jugendlichen, deren unbegleitete Einreise nach Deutschland festgestellt wird, das Jugendamt der vorläufigen Inobhutnahme und das endgültig zuständige Jugendamt,
- 9. die Durchführung der Gesundheitsuntersuchung nach § 62 Absatz 1 des Asylgesetzes und die Untersuchung auf Vorliegen einer ansteckungsfähigen Lungentuberkulose nach § 36 Absatz 4 oder 5 des Infektionsschutzgesetzes, jeweils mit Ort und Datum,
- 10. die Feststellung, dass keine medizinischen Bedenken gegen die Aufnahme in eine Einrichtung der gemeinschaftlichen Unterbringung bestehen,
- 11. die Durchführung von Impfungen mit Art, Ort und Datum der jeweiligen Impfung.
- (3) Bei Ausländern nach § 2 Absatz 1a Nummer 1 und Absatz 2 Nummer 1 werden darüber hinaus als Daten zur Durchführung von Integrationsmaßnahmen und zum Zwecke der Arbeits- und Ausbildungsvermittlung zusätzlich gespeichert:
- 1. Schulbildung, Studium, Ausbildung, Beruf,
- 2. Sprachkenntnisse,
- 3. Teilnahme an einer Maßnahme der berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach § 45a des Aufenthaltsgesetzes.

(3a) Bei Ausländern nach § 2 Absatz 2 Nummer 3, bei denen Maßnahmen gemäß § 49 Absatz 5 Nummer 3 des Aufenthaltsgesetzes durchgeführt wurden, werden zusätzlich gespeichert:

- 1. Fingerabdruckdaten und die dazugehörigen Referenznummern,
- 2. Größe und Augenfarbe,
- 3. freiwillig gemachte Angaben zu Telefonnummern und E-Mail-Adressen,
- 4. das zuständige Bundesland und die zuständige Ausländerbehörde.
- (3b) Bei Ausländern nach § 2 Absatz 2a werden zusätzlich zu den Daten nach Absatz 1 Fingerabdrücke und die dazugehörigen Referenznummern gespeichert.
- (3c) Bei Ausländern nach § 2 Absatz 2b werden zusätzlich zu den Daten nach Absatz 1 die Dokumente gespeichert, die nach Erteilung der nach § 81a Absatz 3 Satz 1 Nummer 6 des Aufenthaltsgesetzes erforderlichen Vorabzustimmung zur Fortführung des beschleunigten Fachkräfteverfahrens erforderlich sind.
- (3d) Bei Ausländern nach § 2 Absatz 2c wird zusätzlich zu den Daten nach Absatz 1 das von der Bundesagentur für Arbeit ausgestellte Dokument über die vorab erteilte Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 36 Absatz 3 der Beschäftigungsverordnung vom 6. Juni 2013 (BGBI. I S. 1499), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 18. Dezember 2020 (BGBI. I S. 3046) geändert worden ist, in der am 1. Januar 2021 geltenden Fassung gespeichert.
- (3e) Bei Ausländern nach § 2 Absatz 2 Nummer 2, bei denen Maßnahmen gemäß § 49 Absatz 4a des Aufenthaltsgesetzes durchgeführt wurden, werden zusätzlich zu den Daten nach Absatz 1 die Fingerabdrücke und die dazugehörigen Referenznummern sowie bei minderjährigen Kindern und Jugendlichen, deren unbegleitete Einreise nach Deutschland festgestellt wird, das endgültig zuständige Jugendamt gespeichert.
- (3f) Bei Ausländern nach § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 und 3, die nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1860 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. November 2018 über die Nutzung des Schengener Informationssystems für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (ABI. L 312 vom 7.12.2018, S. 1) oder nach Artikel 24 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1861 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. November 2018 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) im Bereich der Grenzkontrollen, zur Änderung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen und zur Änderung und Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 (ABI. L 312 vom 7.12.2018, S. 14) ausgeschrieben sind, werden zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen zum Austausch von Zusatzinformationen nach Artikel 7 oder 8 der Verordnung (EU) 2018/1860 oder nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2018/1861 zusätzlich gespeichert:
- 1. die Schengen-Identifikationsnummer für die Ausschreibung im Schengener Informationssystem (Schengen-ID-Nummer),
- 2. die Strafvorschrift, die der Ausschreibung zugrunde liegt, die rechtliche Bezeichnung der Tat sowie Art und Höhe der Strafe.
- (3g) Bei Ausländern nach § 2 Absatz 2 Nummer 3, bei denen Maßnahmen gemäß § 49 Absatz 5 Nummer 2 des Aufenthaltsgesetzes durchgeführt wurden, werden zusätzlich zu den Daten nach Absatz 1 die Fingerabdrücke und die dazugehörigen Referenznummern gespeichert.
- (4) Bei Unionsbürgern werden nur folgende Daten gespeichert:
- 1. die Bezeichnung der Stelle, die Daten übermittelt hat, und deren Geschäftszeichen,
- 2. AZR-Nummer,
- 3. die Anlässe nach § 2 Absatz 3,

- 4. Familienname, Geburtsname, Vornamen, Schreibweise der Namen nach deutschem Recht, Geburtsdatum, Geburtsort und -bezirk, Geschlecht, Doktorgrad, Staatsangehörigkeiten (Grundpersonalien),
- 5. abweichende Namensschreibweisen, andere Namen, frühere Namen und frühere Geschlechtseinträge (frühere Personalien), Aliaspersonalien, Familienstand, Angaben zum Ausweispapier, letzter Wohnort im Herkunftsland, freiwillig gemachte Angaben zur Religionszugehörigkeit und zu Staatsangehörigkeiten des Ehegatten oder des Lebenspartners (weitere Personalien),
- 6. Angaben zum Zuzug oder Fortzug, zum aufenthaltsrechtlichen Status und das Sterbedatum,
- 7. Entscheidungen zu den in § 2 Absatz 3 Nummer 2 bis 4 bezeichneten Anlässen sowie Angaben zu den Anlässen nach § 2 Absatz 3 Nummer 5 bis 7,
- 8. Dokumente nach § 6 Absatz 5.

- § 3: IdF d. Art. 2 Nr. 4 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016
- § 3 Abs. 1 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. aa nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 1.5.2020, d. Art. 7a Nr. 3 Buchst. a DBuchst. aa G v. 3.12.2020 | 2744 mWv 12.12.2020 u. d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. aa G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021
- § 3 Abs. 1 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. bb aaa G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021, d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. bb bbb G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 u. d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a DBuchst. aa G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 1.5.2025
- § 3 Abs. 1 Nr. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a DBuchst. bb G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 1.5.2025
- § 3 Abs. 1 Nr. 5b bis 5d: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. cc G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 3 Abs. 1 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. bb nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 1.5.2020
- § 3 Abs. 1 Nr. 7: IdF d. Art. 7a Nr. 3 Buchst. a DBuchst. bb G v. 3.12.2020 | 2744 mWv 12.12.2020 u. d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. dd G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021
- § 3 Abs. 1 Nr. 7a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. ee G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
- § 3 Abs. 1 Nr. 8; IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. ff G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
- § 3 Abs. 1 Nr. 9 u. 10: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. gg G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 3 Abs. 2 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. aa G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 3 Abs. 2 Nr. 4: IdF d. Art. 7 Nr. 1 G v. 31.7.2016 I 1939 mWv 6.8.2016
- § 3 Abs. 2 Nr. 6 u. 7: Frühere Nr. 6 aufgeh., frühere Nr. 7 u. 8 jetzt Nr. 6 u. 7 gem. Art. 1 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. bb u. cc G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 3 Abs. 2 Nr. 8: Früher Nr. 9 gem. u. idF. d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. cc u. dd G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 3 Abs. 2 Nr. 9 (früher Nr. 10): IdF d. Art. 4 Nr. 1 Buchst. a G v. 17.7.2017 I 2615 mWv 25.7.2017; jetzt Nr. 9 gem. Art. 1 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. cc G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 3 Abs. 2 Nr. 10 (früher Nr. 10a): Eingef. durch Art. 4 Nr. 1 Buchst. b G v. 17.7.2017 I 2615 mWv
- 25.7.2017; jetzt Nr. 10 gem. Art. 1 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. cc G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
- § 3 Abs. 3 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. c G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 3 Abs. 3a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 1.5.2020
- § 3 Abs. 3a Nr. 3 bis 4: Frühere Nr. 3 aufgeh., frühere Nr. 4 bis 5 jetzt Nr. 3 bis 4 gem. Art. 1 Nr. 3 Buchst. d DBuchst. aa u. bb G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 3 Abs. 3b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 1.5.2020
- § 3 Abs. 3c: Eingef. durch Art. 7a Nr. 3 Buchst. b G v. 3.12.2020 | 2744 mWv 12.12.2020
- § 3 Abs. 3d: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. e G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021
- § 3 Abs. 3e: Eingef. durch Art. 5a Nr.1 G v. 23.5.2022 I 760 mWv 1.6.2022; idF d. Art. 12 Nr. 1 Buchst. b G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 3 Abs. 3f: Eingef. durch Art. 4 Nr. 1 G v. 19.12.2022 I 2632 mWv 1.5.2023
- § 3 Abs. 3g: Eingef. durch Art. 12 Nr. 1 Buchst. c G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 1.11.2024
- § 3 Abs. 4 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. f DBuchst. aa G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 3 Abs. 4 Nr. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. e G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 1.5.2025
- § 3 Abs. 4 Nr. 8: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. f DBuchst. bb G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022

§ 4 Übermittlungssperren

- (1) ¹Auf Antrag der betroffenen Person wird eine Übermittlungssperre gespeichert, wenn sie glaubhaft macht, daß durch eine Datenübermittlung an nichtöffentliche Stellen, an Behörden anderer Staaten oder an zwischenstaatliche Stellen ihre schutzwürdigen Interessen oder die einer anderen Person beeinträchtigt werden können. ²Der Antrag ist bei der Registerbehörde, der für das Asylverfahren zuständigen Organisationseinheit im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder den Ausländerbehörden zu stellen. ³Diese entscheiden über den Antrag.
- (2) ¹Eine Übermittlungssperre ist von den in Absatz 1 Satz 2 bezeichneten Stellen von Amts wegen zu speichern, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß durch eine Datenübermittlung an die in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Stellen schutzwürdige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen Person beeinträchtigt werden können. ²§ 51 Absatz 1 und 5 des Bundesmeldegesetzes gilt entsprechend. ³Eine Übermittlungssperre wird ferner gespeichert, sobald die Meldebehörde eine Auskunftssperre nach § 51 des Bundesmeldegesetzes an die Registerbehörde übermittelt; bei Wegfall der Auskunftssperre ist die Übermittlungssperre zu löschen. ⁴Eine Übermittlungssperre wird auch gespeichert, wenn dem Ausländerzentralregister ein Ersuchen der Zeugenschutzdienststelle nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Harmonisierung des Schutzes gefährdeter Zeugen vom 11. Dezember 2001 (BGBI. I S. 3510), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 12 des Gesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBI. I S. 122) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung zugeht, die Verarbeitung personenbezogener Daten einer zu schützenden Person zu sperren. ⁵Teilt die Zeugenschutzdienststelle dem Ausländerzentralregister mit, dass die Übermittlungssperre nicht mehr erforderlich ist, ist die Übermittlungssperre zu löschen. ⁶Soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht, ist auch eine gegenüber öffentlichen Stellen wirkende Übermittlungssperre zu speichern.
- (3) ¹Eine Übermittlung von Daten an die in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Stellen unterbleibt im Fall einer Übermittlungssperre, soweit nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Übermittlung besteht. ²Die betroffene Person erhält vor einer Übermittlung ihrer Daten Gelegenheit zur Stellungnahme, es sei denn, ihre Anhörung liefe dem Zweck der Datenübermittlung zuwider.
- (4) ¹Werden die Daten ohne Anhörung der betroffenen Person oder gegen Willen der betroffenen Person übermittelt, sind die wesentlichen Gründe für die Entscheidung schriftlich oder elektronisch niederzulegen. ²Diese Aufzeichnungen müssen den Zweck der Datenübermittlung und den Dritten, an den Daten übermittelt worden sind, eindeutig erkennen lassen. ³Sie dienen der datenschutzrechtlichen Kontrolle. ⁴Die Registerbehörde hat sie gesondert aufzubewahren, durch geeignete Maßnahmen gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und nach Fristablauf zu löschen, sofern sie nicht für ein bereits eingeleitetes Kontrollverfahren benötigt werden.

Fußnoten

```
§ 4 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 4 Nr. 5 Buchst. a G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005 u. d. Art. 47 Nr. 3
Buchst. a G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019
§ 4 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 47 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. aa G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
§ 4 Abs. 2 Satz 2 bis 4: Früher Satz 2 gem. u. idF d. Art. 2 Abs. 6 G v. 3.5.2013 I 1084 iVm Art. 4 idF d.
Art. 1 Nr. 3 G v. 20.11.2014 | 1738 mWv 1.11.2015
§ 4 Abs. 2 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
§ 4 Abs. 2 Satz 4 (früher Satz 3): IdF d. Art. 47 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. bb G v. 20.11.2019 I 1626 mWv
26.11.2019; jetzt Satz 4 gem. Art. 1 Nr. 4 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
§ 4 Abs. 2 Satz 5: Früher Satz 4 gem. Art. 1 Nr. 4 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
§ 4 Abs. 2 Satz 6 (früher Satz 5): Früherer Satz 3 wurde Satz 5 gem. Art. 2 Abs. 6 G v. 3.5.2013 I 1084
iVm Art. 4 idF d. Art. 1 Nr. 3 G v. 20.11.2014 | 1738 mWv 1.11.2015; jetzt Satz 6 gem. Art. 1 Nr. 4 G v.
9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
§ 4 Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 47 Nr. 3 Buchst. c G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
§ 4 Abs. 4 Satz 1: IdF d. Art. 82 G v. 29.3.2017 I 626 mWv 5.4.2017 u. d. Art. 47 Nr. 3 Buchst. d G v.
20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019
§ 4 Abs. 4 Satz 2: IdF d. Art. 4 Nr. 5 Buchst. b G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005
```

§ 5 Suchvermerke

- (1) Auf Ersuchen einer öffentlichen Stelle wird zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein Suchvermerk zur Feststellung des Aufenthalts eines Ausländers im Register gespeichert, wenn sich die betroffene Person zum Zeitpunkt der Anfrage nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufhält oder ihr Aufenthaltsort unbekannt ist.
- (1a) Für Unionsbürger, bei denen eine Feststellung des Nichtbestehens oder des Verlusts des Freizügigkeitsrechts nicht vorliegt, ist ein Suchvermerk nur durch die mit ausländer- oder asylrechtlichen Aufgaben betrauten Behörden und nur zur Durchführung solcher Aufgaben zulässig.
- (2) Zur Feststellung anderer Sachverhalte wird auf Ersuchen der in § 20 Abs. 1 bezeichneten Stellen oder des Bundeskriminalamtes ein Suchvermerk gespeichert, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist und die Daten nicht aus allgemein zugänglichen Quellen, nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Person stärker belastende Maßnahme erhoben werden können.
- (3) Die Registerbehörde übermittelt für den Fall, daß ihr eine Mitteilung oder Anfrage zu der gesuchten Person zugeht, an die ersuchende Stelle
- 1. bei einem Suchvermerk nach den Absätzen 1 und 1a die Bezeichnung und Anschrift der mitteilenden Stelle, deren Geschäftszeichen, das Datum der Mitteilung und die Grunddaten nach § 14 Abs. 1.
- 2. bei einem Suchvermerk nach Absatz 2 die Bezeichnung und Anschrift der mitteilenden oder anfragenden Stelle, deren Geschäftszeichen, das Datum der Mitteilung oder der Anfrage und die mitgeteilten Daten.
- (4) ¹Die ersuchende Stelle hat Aufzeichnungen über das Ersuchen, den Zweck des Ersuchens und das Vorliegen der in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Voraussetzungen zu fertigen. ²Die Aufzeichnungen dienen nur der datenschutzrechtlichen Kontrolle. ³Sie sind gesondert aufzubewahren und durch geeignete Maßnahmen gegen unberechtigten Zugriff zu sichern. ⁴Sie sind am Ende des Kalenderjahres der Erledigung des Suchvermerks zu löschen, sofern sie nicht für ein bereits eingeleitetes Kontrollverfahren benötigt werden.
- (5) ¹Suchvermerke und die hierzu übermittelten Daten werden längstens zwei Jahre gespeichert, sofern sich die Suchvermerke nicht vorher erledigen. ²Auf Antrag sind sie für andere als die ersuchende Stelle gesperrt.

Fußnoten

§ 5 Abs. 1a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 5 Buchst. a G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013

§ 5 Abs. 1: IdF d. Art. 47 Nr. 4 Buchst. a G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 5 Abs. 2: IdF d. Art. 4 Nr. 4 Buchst. a G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 47 Nr. 4 Buchst. b G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 5 Abs. 3 Nr. 1: IdF d. Art. 4 Nr. 4 Buchst. b DBuchst. aa G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. b G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013

§ 5 Abs. 3 Nr. 2: IdF d. Art. 4 Nr. 4 Buchst. b DBuchst. bb G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

Abschnitt 2 Datenübermittlung an die Registerbehörde, Verantwortlichkeiten, Aufzeichnungspflicht

§ 6 Übermittelnde Stellen, Inhalt der Datenübermittlung

(1) Folgende Stellen sind in den jeweils genannten Fällen zur unverzüglichen Übermittlung von Daten an die Registerbehörde verpflichtet:

- 1. die Ausländerbehörden und die mit der Durchführung ausländerrechtlicher Vorschriften betrauten öffentlichen Stellen in den Fällen des § 2 Absatz 1 bis 2 Nummer 1 bis 4, 6, 11, 12 und 14, Absatz 2b sowie Absatz 3 Nummer 1, 3, 4 und 6, sofern nicht Absatz 2a etwas anderes regelt,
- 1a. die für die Aufnahmeeinrichtungen zuständigen Behörden (Aufnahmeeinrichtungen) in den Fällen des § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 und 2,
- 1b. die für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und die für den öffentlichen Gesundheitsdienst zuständigen Behörden in den Fällen des § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1,
- 2. die mit grenzpolizeilichen Aufgaben betrauten Behörden und die in der Rechtsverordnung nach § 58 Absatz 1 des Bundespolizeigesetzes bestimmte Bundespolizeibehörde in den Fällen des § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 3 bis 6 und 13 und, soweit es der Stand des Verfahrens zulässt, in den Fällen des § 2 Absatz 2 Nummer 7 und 7a sowie Absatz 3 Nummer 3 und 5 bis 7,
- 3. das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in den Fällen des § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1, 3 und 6, Absatz 2a sowie Absatz 3 Nummer 2, 3 und 6, sofern nicht Absatz 2a etwas anderes regelt,
- 4. das Bundeskriminalamt, die Landeskriminalämter, das Zollkriminalamt und sonstige Polizeivollzugsbehörden der Länder, in den Fällen des § 2 Absatz 1a Nummer 2 und 3 sowie Absatz 2 Nummer 6 und, soweit es der Stand des Verfahrens zulässt, die ermittlungsführenden Polizeibehörden in den Fällen des § 2 Absatz 2 Nummer 7 und 7a sowie Absatz 3 Nummer 6 und 7,
- 4a. die Polizeivollzugsbehörden der Länder in den Fällen des § 2 Absatz 1a Nummer 1,
- die Staatsanwaltschaften und die Gerichte im Fall des § 2 Absatz 2 Nummer 6 und Absatz 3 Nummer 6 sowie die Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten im Fall des § 2 Absatz 2 Nummer 8,
- 6. die Staatsangehörigkeitsbehörden im Fall des § 2 Absatz 2 Nummer 9,
- 7. die in den Angelegenheiten der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler zuständigen Stellen im Fall des § 2 Absatz 2 Nummer 10,
- 8. die Bundesagentur für Arbeit und die für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Stellen in den Fällen des § 2 Absatz 1a Nummer 1 und Absatz 2 Nummer 1 sowie die Bundesagentur für Arbeit in den Fällen des § 2 Absatz 2c,
- 8a. die für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Stellen in den Fällen des § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1,
- 9. die Meldebehörden in den Fällen des § 2 Absatz 1, 1a und 2 Nummer 1 bis 4 und 6 bis 14.
- (2) ¹Die Stellen nach Absatz 1 Nummer 1, 1a und 2 bis 7 übermitteln die Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 1, 3 bis 5a und 7 sowie Absatz 4 Nummer 1, 3 bis 5 und 7. ²Von der Übermittlung der Daten einer gefährdeten Person im Fall des § 2 Abs. 2 Nr. 7 kann im Einzelfall abgesehen werden, wenn die Speicherung ihren schutzwürdigen Interessen entgegensteht. ³Außerdem übermitteln
- 1. die in Absatz 1 Nummer 1 bezeichneten Stellen die Angaben nach § 3 Absatz 1 Nummer 5b bis 6, 7a, 8 und 10, Absatz 2 Nummer 1 bis 8, Absatz 3 Nummer 1 und 2, Absatz 3c, 3e, 3f und 4 Nummer 6 sowie die Daten nach § 4 Absatz 1 und 2, sofern nicht Absatz 2a etwas anderes regelt,
- 2. die in Absatz 1 Nummer 1a bezeichneten Stellen die Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 5b bis 6 und 8, Absatz 2, 3 Nummer 1 und 2, Absatz 3e,
- 3. die in Absatz 1 Nummer 1b bezeichneten Stellen die Daten nach § 3 Absatz 2 Nummer 9 bis 11,
- 4. die in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Stellen die Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 5b bis 6 und 8, Absatz 2 Nummer 1, 2 und 4 bis 8, Absatz 3e, 3f und 3g,
- 4a. die in Absatz 1 Nummer 4a bezeichneten Stellen die Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 5b bis 5d, Absatz 2 Nummer 1, 2 und 4 bis 8,

- 5. die in Absatz 1 Nummer 3 bezeichnete Stelle die Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 5b bis 6 und 8, Absatz 2 Nummer 1 bis 8, Absatz 3 Nummer 3, Absatz 3b und 3f sowie § 4 Absatz 1 und 2, sofern nicht Absatz 2a etwas anderes regelt,
- 5a. die in Absatz 1 Nummer 4 bezeichneten Stellen die Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 5b und zusätzlich das Bundeskriminalamt die Referenznummern nach § 3 Absatz 2 Nummer 1 in den Fällen des § 2 Absatz 1a Nummer 2 und 3, die Referenznummern nach § 3 Absatz 3a Nummer 1 in den Fällen des § 2 Absatz 2 Nummer 3 und die Referenznummern nach § 3 Absatz 3b in den Fällen des § 2 Absatz 2a,
- 6. die Bundesagentur für Arbeit und die für die Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Stellen die Daten nach § 3 Absatz 3 in den Fällen des § 2 Absatz 1a und Absatz 2 Nummer 1 und die Bundesagentur für Arbeit die Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 1, 3, 4 und 7 sowie Absatz 3d in den Fällen des § 2 Absatz 2c.
- 6a. die in Absatz 1 Nummer 8a bezeichneten Stellen die Daten nach § 3 Absatz 2 Nummer 8,
- 7. die in Absatz 1 Nummer 9 bezeichneten Stellen die Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 2, 4, 5c und die frühere Anschrift im Bundesgebiet und das Auszugsdatum sowie Auskunftssperren nach § 51 des Bundesmeldegesetzes und deren Wegfall.
- (2a) ¹Zusätzlich übermitteln die in Absatz 1 Nummer 1 bezeichneten Stellen die Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 9, es sei denn, es handelt sich um einen Fall des § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1, und der Ausländer hat die Berechtigung zum Integrationskurs bereits von einer der Stellen nach Absatz 1 Nummer 3 oder 8a erhalten. ²In diesem Fall übermittelt die Stelle nach Absatz 1 Nummer 3 die Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 9 mit Ausnahme der Daten zu gemeldeten Fehlzeiten und zu Hinweisen nach § 44a Absatz 3 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes, für die die in Absatz 1 Nummer 1 bezeichneten Stellen zuständig bleiben. ³Die Übermittlungsverpflichtung nach Satz 2 endet erst mit Beendigung der Teilnahme am Integrationskurs und nicht bereits mit Abschluss des Asylverfahrens.
- (3) ¹Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie die Staatsanwaltschaften dürfen, soweit andere Vorschriften nicht entgegenstehen, in den Fällen des § 2 Absatz 2 Nummer 7 und 7a sowie Absatz 3 Nummer 7 Daten an die Registerbehörde übermitteln. ²Absatz 2 Satz 2 ist zu beachten.
- (4) ¹Für die Einstellung eines Suchvermerks nach § 5 dürfen die ersuchenden öffentlichen Stellen die Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 1, 2, 5b bis 5d, Absatz 2 Nummer 1, 2, 6, 7 und Absatz 4 Nummer 1 und 2 und die Grundpersonalien, die weiteren Personalien und, außer bei Unionsbürgern, ein Lichtbild an die Registerbehörde übermitteln. ²Kann die Registerbehörde für den Fall, daß im Register bereits Daten gespeichert sind, die Identität nicht eindeutig feststellen, gilt § 10 Abs. 3 entsprechend.
- (5) ¹Betrifft die Speicherung
- 1. eine Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über Anerkennung, Ablehnung oder Aufhebung des Schutzstatus nach dem Asylgesetz oder nach § 60 Absatz 5 oder 7 des Aufenthaltsgesetzes,
- 2. aufenthaltsrechtliche Entscheidungen im Zusammenhang mit einer Ausweisung, Abschiebung, Zurückweisung oder Zurückschiebung,
- 3. eine gerichtliche Entscheidung in asyl- oder aufenthaltsrechtlichen Verfahren,
- 4. die Einschränkung oder Untersagung der politischen Betätigung,
- 5. den Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU,
- 6. Einreisebedenken oder
- 7. ausländische Ausweis- oder Identifikationsdokumente,

sind auch die der Speicherung zugrundeliegenden Dokumente durch die übermittelnde Stelle zu übermitteln; betrifft die Speicherung Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder gerichtliche Entscheidungen in asylrechtlichen Verfahren, mit denen ein Schutzstatus nach dem Asylgesetz zuerkannt oder ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 5 oder 7 des Aufenthaltsgesetzes fest-

gestellt oder jeder der vorgenannten Schutzstatus abgelehnt wird, ohne dass damit eine Rückkehrentscheidung nach dem Asyl- oder Aufenthaltsgesetz einhergeht, ist nur der Tenor der jeweiligen Entscheidung zu übermitteln. ²Die Speicherung von Dokumenten nach Nummer 1 und von gerichtlichen Entscheidungen in asylrechtlichen Verfahren darf nur erfolgen, soweit besondere gesetzliche Verarbeitungsregelungen oder überwiegende schutzwürdige Interessen des Ausländers nicht entgegenstehen; Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung sind unkenntlich zu machen. ³Die Registerbehörde hat sicherzustellen, dass im automatisierten Verfahren Dokumente nur abgerufen werden können, wenn die abrufende Stelle das Vorliegen der Voraussetzungen des § 10 Absatz 6 zuvor bestätigt. ⁴Die Dokumente sind zu löschen, wenn die dazugehörigen gespeicherten Daten gelöscht werden.

Fußnoten

- § 6 Abs. 1: IdF d. Art. 2 Nr. 5 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016 § 6 Abs. 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a DBuchst. aa nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 1.5.2020, d. Art. 7a Nr. 4 Buchst. a G v. 3.12.2020 | 2744 mWv 12.12.2020 u. d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. aa G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
- § 6 Abs. 1 Nr. 1a: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. aa G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024 § 6 Abs. 1 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. bb G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024 § 6 Abs. 1 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a DBuchst. bb nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 1.5.2020 u. d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. bb G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
- § 6 Abs. 1 Nr. 8: IdF d. Art. 3 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. aa nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 1.11.2016 u. d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. cc G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021 § 6 Abs. 1 Nr. 8a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. dd G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 6 Abs. 1 Nr. 9: Eingef. durch Art. 3 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 1.11.2016; idF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. ee G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 6 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 4 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. aa G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007, d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. b DBuchst. aa G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013 u. d. Art. 2 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. aa nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016
- § 6 Abs. 2 Satz 3: IdF d. Art. 2 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. bb nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016
- § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1: IdF d. Art. 5c Nr. 1 G v. 23.5.2022 I 760 mWv 1.11.2022 u. d. Art. 4 Nr. 2 Buchst. a G v. 19.12.2022 I 2632 mWv 1.5.2023
- § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. bb G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022, d. Art. 5a Nr. 2 Buchst. b G v. 23.5.2022 | 760 mWv 1.6.2022 u. d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. bb G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 1.11.2024
- § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. b DBuchst. aa nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019 u. d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. cc G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
- § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4: IdF d. Art. 5c Nr. 2 G v. 23.5.2022 I 760 mWv 1.11.2022, d. Art. 4 Nr. 2 Buchst. b G v. 19.12.2022 I 2632 mWv 1.5.2023 u. d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. cc G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 1.11.2024
- § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. ee G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. ff G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022 u. d. Art. 4 Nr. 2 Buchst. c G v. 19.12.2022 I 2632 mWv 1.5.2023
- § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 5a: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. gg G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. hh G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021 § 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 6a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. ii G v. 9.7.2021 | 2467 mWv
- \S 6 Abs. 2 Satz 3 Nr. 7: Eingef. durch Art. 3 Nr. 2 Buchst. b DBuchst. bb nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 1.11.2016, idF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. b DBuchst. dd nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 1.11.2019 u. d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. jj G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 6 Abs. 2a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 5 Buchst. c G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 6 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 4 Abs. 3 Nr. 2 G v. 30.7.2009 | 2437 mWv 4.8.2009, d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. c G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013 u. d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. d G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 6 Abs. 4 Satz 1: IdF d. Art. 4 Nr. 5 Buchst. c G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007, d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. d G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013, d. Art. 2 Nr. 5 Buchst. c nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016; idF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. e G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 6 Abs. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. f G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022

§ 6 Abs. 5 Satz 1 Schlusssatz: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. c DBuchst. cc G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 1.11.2024

§ 7 Übermittlung und Veränderung von Daten im Wege der Direkteingabe

¹Die nach § 22 Abs. 1 zum Abruf von Daten im automatisierten Verfahren zugelassenen Stellen dürfen, sofern sie nicht lediglich zum Datenabruf berechtigt sind, der Registerbehörde die von ihnen zu übermittelnden Daten im Wege der Direkteingabe in das Register mit unmittelbarer Wirkung für dessen Datenbestand übermitteln. ²Sie sind verpflichtet, die von ihnen eingegebenen Daten, die unrichtig geworden sind oder deren Unrichtigkeit sich nachträglich herausgestellt hat, im Wege der Direkteingabe unverzüglich zu berichtigen oder zu aktualisieren. ³Bei einem Wechsel der Zuständigkeit gilt Satz 2 für die Stelle entsprechend, auf die die Zuständigkeit übergegangen ist, soweit sie zum automatisierten Verfahren zugelassen ist. ⁴Die Registerbehörde hat sicherzustellen, daß dabei nur die Eingabe der jeweils zur Übermittlung zugelassenen Daten technisch möglich ist und den übermittelnden Stellen nur die Daten zur Kenntnis gelangen, die für die Speicherung erforderlich sind. ⁵Die eingebende Stelle muß aus der Datei ersichtlich sein.

Fußnoten

§ 7 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 6 G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024

§ 8 Verantwortung für den Registerinhalt, Datenpflege

- (1) ¹Die in § 6 bezeichneten öffentlichen Stellen sind gegenüber der Registerbehörde für die Zulässigkeit der Übermittlung sowie für die Richtigkeit und Aktualität nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABI. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2) in der jeweils geltenden Fassung der von ihnen übermittelten Daten verantwortlich. ²Sie haben die Registerbehörde unverzüglich zu unterrichten, wenn
- 1. die übermittelten Daten unrichtig werden oder sich ihre Unrichtigkeit nachträglich herausstellt und eine Berichtigung oder Aktualisierung nicht im Wege der Direkteingabe nach § 7 erfolgen kann.
- 2. die Daten zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden oder
- 3. die betroffene Person die Richtigkeit bestreitet und sich weder die Richtigkeit noch die Unrichtigkeit feststellen läßt.
- (2) Die Registerbehörde hat programmtechnisch sicherzustellen, daß die zu speichernden Daten zuvor auf ihre Schlüssigkeit geprüft werden und gespeicherte Daten durch die Verarbeitung nicht ungewollt gelöscht oder unrichtig werden.
- (3) ¹Jede öffentliche Stelle, die Daten an die Registerbehörde übermittelt hat, ist berechtigt und verpflichtet, die von ihr übermittelten Daten auf Richtigkeit und Aktualität nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2016/679 zu überprüfen, soweit dazu Anlaß besteht (Datenpflege). ²Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Ausländerbehörden können zu diesem Zweck einen automatisierten Abgleich zwischen ihrem jeweiligen Datenbestand und den entsprechenden Daten der Registerbehörde veranlassen, wenn sie die eigenen Daten in einem abgleichfähigen Format bereitstellen.
- (4) Bei einem Wechsel der Zuständigkeit gelten die Absätze 1 und 3 für die Stelle entsprechend, auf die die Zuständigkeit übergegangen ist.

Fußnoten

§ 8 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 47 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. aa G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019 § 8 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3: IdF d. Art. 47 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. bb G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 8 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 47 Nr. 5 Buchst. b G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019 § 8 Abs. 3 Satz 2: Eingef. durch Art. 2 Nr. 6 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016

§ 8a Datenabgleich

- (1) Die Registerbehörde kann einen Abgleich in automatisierter Form zwischen ihrem Datenbestand und dem entsprechenden Datenbestand der aktenführenden Behörde oder der öffentlichen Stelle, die Daten an die Registerbehörde übermittelt hat, veranlassen, wenn berechtigte Zweifel an der Richtigkeit und Aktualität des Datenbestandes vorliegen, welche die Veranlassung einer Überprüfung rechtfertigen.
- (2) ¹Zum Zweck des in Absatz 1 veranlassten Abgleichs dürfen Daten zwischen der Registerbehörde und der aktenführenden Behörde oder der öffentlichen Stelle, die Daten an die Registerbehörde übermittelt hat, wechselseitig in einem von der Registerbehörde genannten abgleichfähigen Format übermittelt oder auf Anfrage der Registerbehörde bereitgestellt werden. ²Die wechselseitig bereit gestellten oder übermittelten Daten dürfen nur für die Durchführung des Abgleichs sowie die sich daran anschließende Datenpflege verwendet werden und sind sodann unverzüglich zu löschen.
- (3) ¹Die aktenführende Behörde oder die öffentliche Stelle, die Daten an die Registerbehörde übermittelt hat, ist berechtigt und verpflichtet, die durch den Abgleich ermittelten Hinweise auf eine mögliche Unrichtigkeit, Unvollständigkeit und Aktualität zu prüfen und in eigener Verantwortung Daten zu berichtigen. ²Die Ergebnisse der Überprüfung sind der Registerbehörde auf einem von ihr zur Verfügung gestellten Weg zu übertragen.
- (4) Die in Absatz 1 genannten Stellen können sich zum Zweck der Datenpflege und des Datenabgleichs datenverarbeitender Systeme bedienen.

Fußnoten

§ 8a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.5.2023

§ 9 Aufzeichnungspflicht bei Speicherung

- (1) Die Registerbehörde hat als speichernde Stelle Aufzeichnungen zu fertigen, aus denen sich die übermittelten Daten, die übermittelnde Dienststelle, die für die Übermittlung verantwortliche Person und der Übermittlungszeitpunkt ergeben müssen.
- (2) ¹Die Aufzeichnungen dürfen nur für Auskünfte an die betroffene Person nach Artikel 15 der Verordnung (EU) 2016/679 in Verbindung mit § 34 verwendet werden. ²Darüber hinaus dürfen sie für Zwecke der Mitteilung nach Artikel 19 der Verordnung (EU) 2016/679, Datenschutzkontrolle, der Datensicherung oder zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes der Datenverarbeitungsanlage verwendet werden. ³Sie sind durch geeignete Maßnahmen gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und nach Fristablauf zu löschen, wenn sie nicht für ein bereits eingeleitetes Kontrollverfahren benötigt werden.

Fußnoten

§ 9 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 47 Nr. 6 Buchst. a G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019 | 9 Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 47 Nr. 6 Buchst. b G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

Abschnitt 3 Datenübermittlung durch die Registerbehörde, Dritte, an die Daten übermittelt werden

Fußnoten

Abschnitt 3 (Überschrift vor § 10): IdF d. Art. 4 Nr. 7 G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005

Unterabschnitt 1 Datenübermittlung an öffentliche Stellen

§ 10 Allgemeine Vorschriften für die Datenübermittlung

- (1) ¹Die Übermittlung von Daten an eine öffentliche Stelle ist nur zulässig, wenn die Kenntnis der Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. ²Bei einem Übermittlungsersuchen ist der Zweck anzugeben, sofern es sich nicht lediglich auf die Grunddaten nach § 14 Abs. 1 bezieht. ³Die Registerbehörde hat die Übermittlung zu versagen, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die in Satz 1 bezeichnete Voraussetzung nicht vorliegt.
- (1a) ¹Die Übermittlung der Daten von Unionsbürgern, für die eine Feststellung des Nichtbestehens oder des Verlusts des Freizügigkeitsrechts nicht vorliegt, ist nur an die mit ausländer- oder asylrechtlichen Aufgaben betrauten Behörden und nur zur Durchführung solcher Aufgaben zulässig. ²Bei einem Übermittlungsersuchen ist der Zweck anzugeben. ³Die Registerbehörde hat die Übermittlung zu versagen, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass es sich um die Daten von Unionsbürgern nach Satz 1 handelt und die Übermittlung nicht an eine mit ausländer- oder asylrechtlichen Aufgaben betraute Behörde oder nicht zur Durchführung solcher Aufgaben erfolgen soll.
- (2) ¹Das Ersuchen muß, soweit vorhanden, die AZR-Nummer, anderenfalls alle verfügbaren Grundpersonalien der betroffenen Person enthalten. ²Bei Zweifeln an der Identität des Ausländers kann, außer bei Unionsbürgern, das Ersuchen auch nur mit Lichtbild, mit den Fingerabdruckdaten oder den zu den Fingerabdruckdaten gehörigen Referenznummern gestellt werden. ³Bei Zweifeln an der Echtheit von Ausweispapieren oder Aufenthaltstiteln oder wenn solche Papiere abhanden gekommen sind, kann das Ersuchen auch nur mit Angaben zum Ausweispapier oder zum Aufenthaltstitel gestellt werden. ⁴Ein Ersuchen zum Zweck der Erfüllung von Verpflichtungen zum Austausch von Zusatzinformationen nach Artikel 7 oder 8 der Verordnung (EU) 2018/1860 oder nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2018/1861 oder zum Zweck der Datenpflege der Zusatzinformationen kann auch nur mit der Schengen-ID-Nummer gestellt werden. ⁵Stimmen die in dem Übermittlungsersuchen bezeichneten Daten mit den gespeicherten Daten nicht überein, ist die Datenübermittlung unzulässig, es sei denn, Zweifel an der Identität bestehen nicht.
- (3) ¹Kann die Registerbehörde die Identität nicht eindeutig feststellen, übermittelt sie zur Identitätsprüfung und -feststellung an die ersuchende Stelle neben Hinweisen auf aktenführende Ausländerbehörden die AZR-Nummer, die Grundpersonalien, die weiteren Personalien ähnlicher Personen mit Ausnahme der früheren Personalien, die nur auf besonderes Ersuchen übermittelt werden, und die Lichtbilder. ²Die Ausnahmen in Satz 1 gelten nicht für die Ausländerbehörden und die Aufnahmeeinrichtungen. ³Kann die Identität nicht allein an Hand dieser Daten festgestellt werden, dürfen den Strafverfolgungsbehörden darüber hinaus weitere Daten übermittelt werden, wenn zu erwarten ist, daß deren Kenntnis die Identitätsfeststellung ermöglicht. ⁴Die ersuchende Stelle hat alle Daten, die nicht zur betroffenen Person gehören, unverzüglich zu löschen und entsprechende Aufzeichnungen zu vernichten.
- 1 Die AZR-Nummer darf nur im Verkehr mit dem Register genutzt werden. 2 Darüber hinaus darf die AZR-Nummer nur zum Zweck der eindeutigen Zuordnung und nur zusätzlich zu den Grundpersonalien genutzt werden für
- 1. Datenübermittlungen zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Ausländerbehörden sowie Datenübermittlungen zwischen den Ausländerbehörden untereinander,
- 2. die in § 73 Absatz 1 bis 3b des Aufenthaltsgesetzes bezeichneten Feststellungen und Prüfungen sowie sonstige Datenübermittlungen zwischen den in § 73 Absatz 1a Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes genannten Behörden,
- 3. Datenübermittlungen zwischen leistungsgewährenden Behörden untereinander nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem Zweiten, dem Achten oder dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch sowie mit den Ausländer- und den im Übrigen zuständigen Landesbehörden jeweils, soweit für den Ausländer noch keine Versicherungsnummer nach dem Vierten Buch Sozialgesetzbuch bekannt ist.

- 4. Datenübermittlungen von öffentlichen Stellen untereinander in den übrigen Fällen des § 2 Absatz 1a und 2 bis zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU.
- (4a) Die von der Registerbehörde übermittelte ausländische Personenidentitätsnummer darf nur zum Zweck der eindeutigen Identifizierung einer Person genutzt werden.
- (4b) Die von der Registerbehörde übermittelte Schengen-ID-Nummer darf nur zu dem Zweck der eindeutigen Zuordnung der im Register gespeicherten Daten zu den Daten einer Person, die im Schengener Informationssystem ausgeschrieben ist, genutzt werden.
- (5) Zur Datenpflege (§ 8 Abs. 3) übermittelt die Registerbehörde die zu überprüfenden Daten an die dazu berechtigte oder verpflichtete Stelle.
- (6) ¹Die Registerbehörde übermittelt auf Ersuchen im Register gespeicherte Dokumente (§ 6 Absatz 5), sofern die Kenntnis des Dokuments oder die Ansicht des Ausweis- oder Identifikationsdokuments für die ersuchende Stelle unerlässlich ist, weitere Informationen nicht rechtzeitig von der aktenführenden Behörde zu erlangen sind und ihr die Daten, auf die sich die Dokumente beziehen, übermittelt werden dürfen. ²Handelt es sich bei dem gespeicherten Dokument um eine Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, die mit einer Rückkehrentscheidung nach dem Asyl- oder Aufenthaltsgesetz oder einer Entscheidung zu einem Einreise- und Aufenthaltsverbot nach dem Aufenthaltsgesetz einhergeht oder um eine entsprechende gerichtliche Entscheidung in einem asylrechtlichen Verfahren, übermittelt die Registerbehörde dieses Dokument auf Ersuchen zur Durchsetzung der Rückkehrentscheidung oder des Einreise- und Aufenthaltsverbots nur an die Ausländerbehörden, die Bundespolizei und andere mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragte Behörden sowie an sonstige Polizeivollzugsbehörden des Bundes und der Länder.

15.7.2021

- § 10 Abs. 1a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. a G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013
- § 10 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 4 Nr. 8 Buchst. a G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005 u. d. Art. 47 Nr. 7 Buchst. a G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019
- § 10 Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 4 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007; idF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013, d. Art. 2 Nr. 7 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016 u. d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. a G v. 9.7.2021 | 2467 mWv
- § 10 Abs. 2 Satz 3: Eingef. durch Art. 4 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007
- § 10 Abs. 2 Satz 4: Eingef. durch Art. 4 Nr. 3 Buchst. a G v. 19.12.2022 | 2632 mWv 1.5.2023
- § 10 Abs. 2 Satz 5 (früher Satz 4): Früherer Satz 2 wurde Satz 4 gem. u. idF d. Art. 4 Nr. 6 Buchst.
- a DBuchst. bb G v. $19.8.2007 \ I \ 1970 \ mWv \ 28.8.2007$; jetzt Satz 5 gem. Art. 4 Nr. 3 Buchst. a G v. $19.12.2022 \ I \ 2632 \ mWv \ 1.5.2023$
- § 10 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 4 Nr. 8 Buchst. b G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005, d. Art. 4 Nr. 6 Buchst. b DBuchst. aa G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. d DBuchst. aa G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 1.5.2025
- § 10 Abs. 3 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. d DBuchst. bb G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 10 Abs. 3 Satz 3 (früher Satz 2): IdF d. Art. 4 Nr. 6 Buchst. b DBuchst. bb G v. 19.8.2007 I 1970 mWv
- 28.8.2007; jetzt Satz 3 gem. Art. 1 Nr. 7 Buchst. d DBuchst. bb G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 10 Abs. 3 Satz 4 (früher Satz 3): IdF d. Art. 47 Nr. 7 Buchst. a G v. 20.11.2019 I 1626 mWv
- 26.11.2019; jetzt Satz 4 gem. Art. 1 Nr. 7 Buchst. d DBuchst. bb G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024 | 8 10 Abs. 4 Satz 2: IdE d. Art. 1 Nr. 5 nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4 8 2019 | 1131
- § 10 Abs. 4 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 5 nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 9.8.2019
- § 10 Abs. 4 Satz 2 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. f G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 10 Abs. 4a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. b G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021
- § 10 Abs. 4b: Eingef. durch Art. 4 Nr. 3 Buchst. b G v. 19.12.2022 I 2632 mWv 1.5.2023
- § 10 Abs. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. c G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 10 Abs. 6 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. g G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 1.11.2024

§ 11 Zweckbestimmung, Weiterübermittlung von Daten

- (1) ¹Die ersuchende Stelle darf die in § 3 Absatz 1 Nummer 7 in Verbindung mit § 2 Absatz 2 Nummer 7 und 7a sowie § 3 Absatz 4 Nummer 7 in Verbindung mit § 2 Absatz 3 Nummer 7 bezeichneten Daten, die im Rahmen von Gruppenauskünften (§ 12) übermittelten Daten und Dokumente (§ 6 Absatz 5) nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihr übermittelt worden sind. ²Sonstige Daten darf sie zu einem anderen Zweck verwenden, wenn sie ihr auch zu diesem Zweck hätten übermittelt werden dürfen. ³Die neue Zweckbestimmung ist der Registerbehörde mitzuteilen, soweit es sich bei den übermittelten Daten nicht lediglich um die Grunddaten von Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, handelt.
- (1a) Die ersuchende Stelle darf Fingerabdruckdaten nach § 3 Absatz 2 Nummer 1 nur zu den in § 16 des Asylgesetzes und in den §§ 49 und 89 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes festgelegten Zwecken verwenden.
- (2) ¹Die ersuchende Stelle darf die ihr übermittelten Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 4 mit Ausnahme gesperrter Daten (§ 4) an eine andere öffentliche Stelle weiterübermitteln, wenn die Daten dieser Stelle zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zu diesem Zweck aus dem Register unmittelbar hätten übermittelt werden dürfen. ²Weitere Daten mit Ausnahme von gesperrten Daten und von Dokumenten (§ 6 Absatz 5) dürfen unter den Voraussetzungen des Satzes 1 nur weiterübermittelt werden, wenn anderenfalls eine unvertretbare Verzögerung eintreten oder die Aufgabenerfüllung erheblich erschwert würde. ³Vor der Weiterübermittlung von Daten hat die ersuchende Stelle die Richtigkeit und Aktualität der Daten zu überprüfen. ⁴Für die Stelle, an die Daten weiterübermittelt worden sind, gelten die Sätze 1 bis 3 und Absatz 1 entsprechend. ⁵Die ersuchende Stelle hat der Registerbehörde den Empfang der Daten und den Verwendungszweck mitzuteilen, soweit es sich bei den übermittelten Daten nicht lediglich um die Grunddaten von Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, handelt. ⁶§ 65 Absatz 1 des BND-Gesetzes bleibt unberührt.

- § 11 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 4 Abs. 3 Nr. 3 G v. 30.7.2009 | 2437 mWv 4.8.2009, d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. aa G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013, d. Art. 2 Nr. 8 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016 u. d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 11 Abs. 1 Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. bb G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013 § 11 Abs. 1a: Eingef. durch Art. 2 Nr. 8 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016
- § 11 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 9.8.2019
- § 11 Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019; idF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. b G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
- § 11 Abs. 2 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019
- § 11 Abs. 2 Satz 4: Früher Satz 2 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. c nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 9.8.2019
- § 11 Abs. 2 Satz 5 (früher Satz 3): IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. b G v. 20.12.2012 I 2745 mWv 1.9.2013; jetzt Satz 5 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. d nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 9.8.2019
- § 11 Abs. 2 Satz 6 (früher Satz 4): IdF d. Art. 3 Abs. 4 Nr. 1 G v. 23.12.2016 | 3346 mWv 31.12.2016; jetzt Satz 6 gem. Art. 1 Nr. 6 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019; idF d. Art. 8 Nr. 1 G v. 19.4.2021 | 771 mWv 1.1.2022

§ 12 Gruppenauskunft

- (1) ¹Die Übermittlung von Daten einer Mehrzahl von Ausländern, die in einem Übermittlungsersuchen nicht mit vollständigen Grundpersonalien bezeichnet sind und die auf Grund im Register gespeicherter und im Übermittlungsersuchen angegebener gemeinsamer Merkmale zu einer Gruppe gehören (Gruppenauskunft), darf nur zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der in den §§ 15 bis 17 und 20 bezeichneten öffentlichen Stellen erfolgen. ²Sie ist zulässig, soweit sie
- 1. im besonderen Interesse der betroffenen Personen liegt oder

- 2. erforderlich und angemessen ist
 - a) zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit, für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
 - b) zur Verfolgung eines Verbrechens oder einer anderen erheblichen Straftat, von der auf Grund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, daß sie gewerbs- oder gewohnheitsmäßig, von einem Bandenmitglied oder in anderer Weise organisiert begangen wird,
 - und die Daten auf andere Weise nicht, nur mit unverhältnismäßigem Aufwand oder nicht rechtzeitig erlangt werden können,
- 3. unter den in § 2 Abs. 1 Nr. 4 des BND-Gesetzes genannten Voraussetzungen erforderlich ist, um im Ausland Gefahren der in § 5 Abs. 1 Satz 3 des Artikel 10-Gesetzes genannten Art rechtzeitig zu erkennen und einer solchen Gefahr zu begegnen.
- (1a) Bei einer Gruppenauskunft ist die Übermittlung der Daten nach § 3 Absatz 3 zu Ausländern nach § 2 Absatz 1a Nummer 1 und Absatz 2 Nummer 1 sowie die Übermittlung der Daten von Unionsbürgern, bei denen eine Feststellung des Nichtbestehens oder des Verlusts des Freizügigkeitsrechts nicht vorliegt, nicht zulässig.
- (2) ¹Das Ersuchen ist schriftlich zu stellen, zu begründen und bedarf der Zustimmung des Leiters der ersuchenden Behörde oder eines von ihm für solche Zustimmungen bestellten Vertreters in leitender Stellung. ²Ein Abruf im automatisierten Verfahren ist unzulässig. ³Die ersuchende Stelle hat die Daten, die sie nicht oder nicht mehr zur Aufgabenerfüllung benötigt, zu vernichten.
- (3) Die Registerbehörde hat nach Erteilung einer Gruppenauskunft die Bundesbeauftragte oder den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit und, soweit die Daten an eine öffentliche Stelle eines Landes übermittelt worden sind, den Datenschutzbeauftragten des Landes zu unterrichten.

- § 12 Abs. 1: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 13 Nr. 5 Buchst. b G v. 9.1.2002 | 361 mWv 1.1.2002
- § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1: IdF d. Art. 47 Nr. 8 Buchst. a G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchst. a: IdF d. Art. 13 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. aa G v. 9.1.2002 I 361 mWv 1.1.2002
- § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3: IdF d. Art. 13 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. bb G v. 9.1.2002 | 361 mWv 1.1.2002
- § 12 Abs. 1a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 G v. 20.12.2012 I 2745 mWv 1.9.2013; idF d. Art. 2 Nr. 8a nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016
- § 12 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 4 Nr. 7 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007
- § 12 Abs. 3: IdF d. Art. 47 Nr. 8 Buchst. b G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 13 Aufzeichnungspflicht bei Datenübermittlung

- (1) ¹Die Registerbehörde hat über die von ihr auf Grund der Übermittlungsersuchen vorgenommenen Abrufe, die Abrufe anderer Stellen und über die Mitteilungen nach § 11 Aufzeichnungen zu fertigen, aus denen der Zweck, die bei der Durchführung des Abrufs verwendeten Daten, die übermittelten Daten und Dokumente, der Tag und die Uhrzeit sowie die Bezeichnung der ersuchenden Stellen und die Angabe der abrufenden sowie der verantwortlichen Person hervorgehen müssen. ²Aus der Angabe zum Zweck der Abrufe muß die Erforderlichkeit der Datenübermittlung erkennbar sein. ³Bei einer Gruppenauskunft sind zusätzlich die Gruppenmerkmale aufzunehmen.
- (2) ¹Die Aufzeichnungen dürfen nur für Auskünfte an die betroffene Person nach Artikel 15 der Verordnung (EU) 2016/679 in Verbindung mit § 34 sowie für die Mitteilung nach Artikel 19 der Verordnung (EU) 2016/679 und nach § 38 oder zur datenschutzrechtlichen Kontrolle der Zulässigkeit der Abrufe verwendet werden. ²Sie sind durch geeignete Maßnahmen gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und nach Fristablauf zu löschen, wenn sie nicht für ein bereits eingeleitetes Kontrollverfahren benötigt werden. ³Aufzeichnungen über Gruppenauskünfte sind gesondert aufzubewahren.

(3) Abweichend von Absatz 1 sind Abrufe der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes ausschließlich von diesen entsprechend § 6 Absatz 3 Satz 2 bis 5 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zu protokollieren.

Fußnoten

§ 13 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 9 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 13 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 47 Nr. 9 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019 § 13 Abs. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 1.5.2020

§ 14 Datenübermittlung an alle öffentlichen Stellen

- (1) An alle öffentlichen Stellen werden zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen folgende Daten einschließlich der zugehörigen AZR-Nummer (Grunddaten) übermittelt:
- 1. Grundpersonalien,
- 2. Lichtbild,
- 3. Hinweis auf die aktenführende Ausländerbehörde.
- 4. Angaben zum Zuzug oder Fortzug, Sterbedatum,
- 5. Übermittlungssperren,
- 6. die gegenwärtige Anschrift im Bundesgebiet,
- 7. bei Ausländern nach § 2 Absatz 1a und 2 nur zum Zweck, ob die AZR-Nummer nach § 10 Absatz 4 Satz 2 Nummer 4 an andere öffentliche Stellen übermittelt werden darf, zusätzlich die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU.
- (2) ¹Angaben zu früheren Personalien werden nur auf besonderes Ersuchen übermittelt. ²Dasselbe gilt für nicht gesperrte Suchvermerke, es sei denn, die öffentliche Stelle, auf deren Ersuchen der Suchvermerk gespeichert worden ist, hat ausdrücklich beantragt, daß auf jedes Ersuchen eine Übermittlung erfolgen soll. ³Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für die Ausländerbehörden und Aufnahmeeinrichtungen.

Fußnoten

- § 14 Abs. 1 Eingangssatz (bezeichnet als Abs. 1): ldF d. Art. 1 Nr. 10 G v. 20.12.2012 I 2745 mWv 1.9.2013
- § 14 Abs. 1 Nr. 2: Eingef. durch Art. 4 Nr. 8 Buchst. a G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007
- § 14 Abs. 1 Nr. 3 bis 5: Früher Nr. 2 bis 4 gem. Art. 4 Nr. 8 Buchst. b G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007
- § 14 Abs. 1 Nr. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 9.8.2019
- § 14 Abs. 1 Nr. 6: Eingef, durch Art. 1 Nr. 8 Buchst, b nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v.
- 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019; idF d. Art. 1 Nr. 10 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
- § 14 Abs. 1 Nr. 7: Eingef. durch Art. 1 Nr. 8 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019
- § 14 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 1.5.2025
- § 14 Abs. 2 Satz 3: Eingef, durch Art. 1 Nr. 8 Buchst, b G v. 8.5,2024 | Nr. 152 mWv 16,5,2024

§ 15 Datenübermittlung an Ausländerbehörden, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften, Vollzugseinrichtungen, Luftsicherheitsbehörden, atomrechtliche Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden, oberste Bundes- und Landesbehörden sowie das Bundesamt für Justiz

(1) ¹Die Daten der betroffenen Person mit Ausnahme der Daten nach § 3 Absatz 3f werden auf Ersuchen übermittelt an:

- 1. die Ausländerbehörden, die Aufnahmeeinrichtungen oder Stellen nach § 88 Abs. 3 des Asylgesetzes, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden sowie sonstige Polizeivollzugsbehörden der Länder zur Durchführung ausländer- und asylrechtlicher Aufgaben,
- 2. die Bundespolizei, die Stellen eines Landes, die im Einvernehmen mit dem Bund grenzpolizeiliche Aufgaben mit eigenen Kräften wahrnehmen, und an die Zollverwaltung, soweit auf sie die Ausübung grenzpolizeilicher Aufgaben übertragen worden ist, zur Gewährleistung des grenzpolizeilichen Schutzes des Bundesgebiets,
- 3. die für die Zuverlässigkeitsprüfung zuständigen Luftsicherheitsbehörden nach § 7 des Luftsicherheitsgesetzes zur Erfüllung ihrer Aufgaben bei der Durchführung der Zuverlässigkeitsüberprüfung,
- 3a. die für die Zuverlässigkeitsüberprüfung nach § 12b des Atomgesetzes zuständige Behörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben bei der Durchführung der Zuverlässigkeitsüberprüfung,
- 4. die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und sonstige Polizeivollzugsbehörden des Bundes und der Länder sowie die Staatsanwaltschaften zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung und an die Vollzugseinrichtungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Vollziehung von Freiheitsentziehungen,
- 5. die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und sonstige Polizeivollzugsbehörden des Bundes und der Länder zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
- 6. oberste Bundes- und Landesbehörden, die mit der Durchführung ausländer-, asyl- und passrechtlicher Vorschriften als eigener Aufgabe betraut sind, soweit die Daten zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind.
- ²In den Fällen des Satzes 1 Nummer 2 bis 5 wird bei Unionsbürgern, bei denen eine Feststellung des Nichtbestehens oder des Verlusts des Freizügigkeitsrechts nicht vorliegt, nur angezeigt, dass eine solche Feststellung nicht erfolgt ist. ³Satz 1 Nummer 6 gilt in Bezug auf Unionsbürger, bei denen eine Feststellung des Nichtbestehens oder des Verlusts des Freizügigkeitsrechts nicht vorliegt, nur für die Übermittlung von Daten an oberste Bundes- und Landesbehörden, die mit der Durchführung ausländer- oder asylrechtlicher Vorschriften als eigener Aufgabe betraut sind.
- (2) Dem Bundeskriminalamt werden auf Ersuchen zur Erfüllung von Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen, denen die gesetzgebenden Körperschaften nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes zugestimmt haben, die erforderlichen personenbezogenen Daten von Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, nach Maßgabe dieser Verträge übermittelt.
- (3) ¹An das Bundesamt für Justiz werden zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Grunddaten, abweichende Namensschreibweisen, andere Namen sowie Aliaspersonalien übermittelt, soweit die Kenntnis dieser Daten zur Feststellung der Identität eines Ausländers bei der Durchführung der Aufgaben nach dem Bundeszentralregistergesetz, nach dem Titel XI der Gewerbeordnung, nach dem Internationalen Familienrechtsverfahrensgesetz und nach dem Erwachsenenschutzübereinkommens-Ausführungsgesetz erforderlich ist. ²Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.
- (4) Dem Bundeskriminalamt in seiner Funktion als SIRENE-Büro gemäß § 3 Absatz 2 des Bundeskriminalamtgesetzes werden auf Ersuchen und nur zur Erfüllung der Verpflichtungen zum Austausch von Zusatzinformationen nach Artikel 7 oder 8 der Verordnung (EU) 2018/1860 oder nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2018/1861 die Daten nach § 3 Absatz 3f übermittelt.

§ 15: IdF d. Art. 4 Nr. 9 G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007 § 15 Überschrift: IdF d. Art. 2 Nr. 2 Buchst. a G v. 17.3.2009 | 556 mWv 1.1.2010, d. Art. 2 Nr. 2 G v. 8.7.2014 | 890 mWv 16.7.2014 u. d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. a G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024 § 15 Abs. 1 Satz 1: Früher einziger Text gem. Art. 1 Nr. 11 Buchst. a DBuchst. bb G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013; idF d. Art. 4 Nr. 4 Buchst. a G v. 19.12.2022 | 2632 mWv 1.5.2023 § 15 Abs. 1 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 47 Nr. 10 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019 § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 11 Buchst. a DBuchst. aa G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013 u. d. Art. 14 Nr. 3 G v. 20.10.2015 | 1722 mWv 24.10.2015

- § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a (früher Nr. 3a): Eingef. durch Art. 2 Nr. 2 Buchst. b G v. 17.3.2009 I 556 mWv 1.1.2010
- § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 u. 5: IdF d. Art. 2 Nr. 9 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016
- § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. b DBuchst. bb G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 15 Abs. 1 Satz 2 u. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 11 Buchst. a DBuchst. bb G v. 20.12.2012 I 2745 mWv 1.9.2013
- § 15 Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 11 Buchst. b G v. 20.12.2012 I 2745 mWv 1.9.2013
- § 15 Abs. 3 Satz 1: Früher einziger Text gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 11 Buchst. c DBuchst. aa bis cc G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013
- § 15 Abs. 3 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 11 Buchst. c DBuchst. cc G v. 20.12.2012 I 2745 mWv 1.9.2013
- § 15 Abs. 4: Eingef. durch Art. 4 Nr. 4 Buchst. b G v. 19.12.2022 | 2632 mWv 1.5.2023

§ 15a Automatisierte Datenübermittlung an Ausländerbehörden und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

- (1) ¹Die Registerbehörde übermittelt der zuständigen Ausländerbehörde neben den Grundpersonalien und der AZR-Nummer zum Zweck der eindeutigen Zuordnung die Angaben zum Fortzug der betroffenen Person unverzüglich nach deren Speicherung, es sei denn, die Angaben zum Fortzug wurden von der zuständigen Ausländerbehörde selbst an das Register übermittelt. ²In den Fällen des § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 werden diese Angaben ebenfalls an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übermittelt.
- (2) Die Registerbehörde übermittelt dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in den Fällen des § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 neben den Grundpersonalien und der AZR-Nummer zum Zweck der eindeutigen Zuordnung unverzüglich die Angaben einer Ausweisung oder Zurückschiebung oder Abschiebung der betroffenen Person nach deren Speicherung.
- (3) ¹Die Registerbehörde übermittelt der zuständigen Ausländerbehörde neben den Grundpersonalien und der AZR-Nummer zum Zweck der eindeutigen Zuordnung die Angaben zum Ausreisenachweis der betroffenen Person unverzüglich nach deren Speicherung, es sei denn, die Angaben zum Ausreisenachweis wurden von der zuständigen Ausländerbehörde selbst an das Register übermittelt. ²In den Fällen des § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 werden diese Angaben ebenfalls an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übermittelt.

Fußnoten

§ 15a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 11 G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.5.2023

§ 16 Datenübermittlung an Gerichte

- (1) An Gerichte werden zum Zwecke der Rechtspflege zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Grunddaten und folgende Daten übermittelt:
- 1. abweichende Namensschreibweisen,
- 2. andere Namen.
- 3. Aliaspersonalien,
- 4. letzter Wohnort im Herkunftsland,
- 5. Angaben zum Ausweispapier,
- 6. die gegenwärtige Anschrift im Bundesgebiet.
- (2) ¹Reichen die nach Absatz 1 zu übermittelnden Daten zur Aufgabenerfüllung nicht aus, werden auf erweitertes Ersuchen folgende Daten übermittelt:

- 1. zum aufenthaltsrechtlichen Status und zu den für oder gegen den Ausländer ergriffenen aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen,
- 2. zum Asylverfahren,
- 3. zur Ausschreibung zur Zurückweisung,
- 4. zu einem Tatverdacht im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 7 und 7a.

(3) ¹Werden über die in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Daten hinaus weitere Daten zur Aufgabenerfüllung benötigt, ist deren Übermittlung auf erneutes Ersuchen zulässig. ²Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend. ³Ein Abruf im automatisierten Verfahren ist unzulässig.

Fußnoten

- § 16 Überschrift: IdF d. Art. 4 Nr. 10 Buchst. a G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007
- § 16 Abs. 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 4 Nr. 10 Buchst. b G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art.
- 1 Nr. 12 G v. 20.12.2012 I 2745 mWv 1.9.2013
- § 16 Abs. 1 Nr 5: IdF d. Art. 2 Nr. 9a nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016
- § 16 Abs. 1 Nr 6: IdF d. Art. 1 Nr. 12 Buchst. a G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 16 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4: IdF d. Art. 4 Abs. 3 Nr. 4 G v. 30.7.2009 I 2437 mWv 4.8.2009 u. d. Art. 1 Nr. 12 Buchst, b G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 16: Abs. 4 bis 6 aufgeh. durch Art. 4 Nr. 10 Buchst. c G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007

§ 17 Datenübermittlung an das Zollkriminalamt

- (1) An das Zollkriminalamt werden, soweit es die Zollfahndungsämter bei der Erledigung ihrer Aufgaben auf Grund der Abgabenordnung und anderer Gesetze unterstützt oder in Fällen von überörtlicher Bedeutung selbständig ermittelt, oder zur Erfüllung von Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen, denen die gesetzgebenden Körperschaften gemäß Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes zugestimmt haben, zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Grunddaten und folgende Daten übermittelt:
- 1. abweichende Namensschreibweisen.
- 2. andere Namen,
- 3. Aliaspersonalien,
- 4. Ausschreibung zur Festnahme oder Aufenthaltsermittlung,
- 5. Angaben zum Ausweispapier,
- 5a. die ausländische Personenidentitätsnummer,
- 6. Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status und zu den für oder gegen den Ausländer getroffenen aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen,
- 7. Fingerabdruckdaten und die dazugehörigen Referenznummern,
- 8. Größe und Augenfarbe,
- 9. das Ausstellungsdatum und die Gültigkeitsdauer ihrer Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende gemäß § 63a des Asylgesetzes,
- 10. die gegenwärtige Anschrift im Bundesgebiet,
- 11. freiwillig gemachte Angaben zu Telefonnummern und E-Mail-Adressen,
- 12. das zuständige Bundesland, die zuständige Aufnahmeeinrichtung und Ausländerbehörde, bei unbegleiteten minderjährigen Kindern und Jugendlichen das zuständige Jugendamt,

²Die Erforderlichkeit der Übermittlung ist von der ersuchenden Stelle aktenkundig zu machen.

- die Durchführung der Gesundheitsuntersuchung nach § 62 Absatz 1 des Asylgesetzes und die 13. Untersuchung auf Vorliegen einer ansteckungsfähigen Lungentuberkulose nach § 36 Absatz 4 oder 5 des Infektionsschutzgesetzes, jeweils mit Ort und Datum,
- 14. die Feststellung, dass keine medizinischen Bedenken gegen die Aufnahme in eine Einrichtung der gemeinschaftlichen Unterbringung bestehen.
- (2) Die Übermittlung von Daten nach Absatz 1 unterbleibt, mit Ausnahme der Grunddaten, wenn Daten der betroffenen Person nur aus einem der folgenden Anlässe im Register erfaßt sind:
- 1. Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung im Sinne des § 71 Absatz 3 Nummer 1a und 1b des Aufenthaltsgesetzes,
- 2. Ausschreibung zur Zurückweisung an der Grenze,
- 3. Aus- oder Durchlieferung,
- 4. Ablehnung eines Antrages auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit oder der Eigenschaft als Deutscher,
- 5. Ablehnung oder Rücknahme der Feststellung der Aussiedler- oder Spätaussiedlereigenschaft.

- § 17 Abs. 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 1 Nr. 13 G v. 20.12.2012 I 2745 mWv 1.9.2013
- § 17 Abs. 1 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. aa nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 1.11.2019
- § 17 Abs. 1 Nr. 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. bb nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 1.11.2019
- § 17 Abs. 1 Nr. 5a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 14 Buchst. a G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 17 Abs. 1 Nr. 6 bis 8: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. bb nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 1.11.2019
- § 17 Abs. 1 Nr. 9: Eingef, durch Art. 1 Nr. 9 Buchst, a DBuchst, bb nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 1.11.2019; idF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. b G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
- § 17 Abs. 1 Nr. 10: Eingef, durch Art. 1 Nr. 9 Buchst, a DBuchst, bb nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 1.11.2019; idF d. Art. 1 Nr. 13 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 17 Abs. 1 Nr. 11 bis 14: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. bb nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 1.11.2019
- § 17 Abs. 2 Eingangssatz: IdF d. Art. 47 Nr. 10 G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 17 Abs. 2 Nr. 1: IdF d. Art. 5 Nr. 1 G v. 22.11.2011 | 2258 mWv 26.11.2011
- § 17 Abs. 2 Nr. 2 bis 5: Frühere Nr. 2 aufgeh., frühere Nr. 3 bis 6 jetzt Nr. 2 bis 5 gem. Art. 1 Nr. 9 Buchst. b DBuchst. aa u. bb nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 1.11.2019

§ 17a Datenübermittlung an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen

An die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 28 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Geldwäschegesetzes zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Grunddaten und folgende Daten übermittelt:

- 1. abweichende Namensschreibweisen,
- 2. andere Namen,
- 3. Aliaspersonalien,
- 4. Angaben zum Ausweispapier,
- 5. die ausländische Personenidentitätsnummer,
- 6. das Ausstellungsdatum und die Gültigkeitsdauer ihrer Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende gemäß § 63a des Asylgesetzes,

7. Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 7 in Verbindung mit § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1, 3, 7, 7a und 12.

Fußnoten

§ 17a: Eingef. durch Art. 3 Nr. 2 G v. 23.6.2017 | 1822 mWv 26.6.2017 § 17a Nr. 3 u. 4: Frühere Nr. 3 aufgeh., frühere Nr. 4 u. 5 jetzt Nr. 3 u. 4 gem. Art. 1 Nr. 12 Buchst. a u. b G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024 § 17a Nr. 5 (früher Nr. 5a): Eingef. durch Art. 1 Nr. 15 Buchst. a G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022; jetzt Nr. 5 gem. Art. 1 Nr. 12 Buchst. b G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024 § 17a Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. b G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022

§ 17b Datenübermittlung an die Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung

An die Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 1 Absatz 1 des Sanktionsdurchsetzungsgesetzes zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Grunddaten und, soweit vorhanden, folgende Daten übermittelt:

- 1. abweichende Namensschreibweisen,
- 2. andere Namen,
- 3. Aliaspersonalien und
- 4. Angaben zum Ausweispapier.

Fußnoten

§ 17b: Eingef. durch Art. 14 Nr. 2 G v. 19.12.2022 | 2606 mWv 28.12.2022 § 17b Nr. 3 u. 4: Frühere Nr. 3 aufgeh., frühere Nr. 4 u. 5 jetzt Nr. 3 u. 4 gem. Art. 1 Nr. 13 Buchst. a u. b G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024

§ 18 Datenübermittlung an die Bundesagentur für Arbeit und die Behörden der Zollverwaltung

- (1) ¹An die Bundesagentur für Arbeit werden für die Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Achten Abschnitt des Zweiten Kapitels des Aufenthaltsgesetzes, zur Überwachung der zeitlichen und zahlenmäßigen Beschränkungen der Beschäftigungen auf Grund von zwischenstaatlichen Regierungsvereinbarungen und Vermittlungsabsprachen und zur Erhebung und Erstattung von Gebühren neben den Grunddaten folgende Daten der betroffenen Person übermittelt:
- 1. Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status und zu den für oder gegen den Ausländer getroffenen aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen,
- 2. Angaben zum Asylverfahren.

²Daten von Unionsbürgern, bei denen eine Feststellung des Nichtbestehens oder des Verlusts des Freizügigkeitsrechts nicht vorliegt, werden nur zur Durchführung ausländer- oder asylrechtlicher Aufgaben übermittelt.

- (2) An die Behörden der Zollverwaltung werden zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung von Ausländern zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Grunddaten und folgende Daten übermittelt:
- 1. abweichende Namensschreibweisen, andere Namen, Aliaspersonalien, Angaben zum Ausweispapier und die ausländische Personenidentitätsnummer,
- 2. Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status und zu den für oder gegen den Ausländer getroffenen aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen,
- 3. Angaben zum Asylverfahren,

- 4. Ausschreibung zur Zurückweisung an der Grenze,
- 5. Ausschreibung zur Festnahme oder Aufenthaltsermittlung.
- (3) Die Übermittlung von Daten nach Absatz 1 und 2 unterbleibt, mit Ausnahme der Grunddaten, wenn Daten der betroffenen Person nur aus einem der folgenden Anlässe im Register erfaßt sind:
- 1. Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung im Sinne des § 71 Absatz 3 Nummer 1a und 1b des Aufenthaltsgesetzes,
- 2. Einreisebedenken.
- 3. Aus- oder Durchlieferung,
- 4. Ablehnung eines Antrages auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit oder der Eigenschaft als Deutscher.
- 5. Ablehnung oder Rücknahme der Feststellung der Aussiedler- oder Spätaussiedlereigenschaft.

```
§ 18 Überschrift: IdF d. Art. 35 Nr. 2 G v. 23.12.2003 | 2848 mWv 1.1.2004

§ 18 Abs. 1 Satz 1 (früher einziger Text): Eingef. durch Art. 2 Nr. 3 Buchst. a G v. 14.3.2005 | 721 mWv 18.3.2005; jetzt Satz 1 gem. Art. 1 Nr. 14 Buchst. a G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013

§ 18 Abs. 1 Satz 1 Eingangssatz. IdF d. Art. 47 Nr. 10 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 18 Abs. 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 14 Buchst. a G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013

§ 18 Abs. 2: Früher Abs. 1 gem. Art. 2 Nr. 3 Buchst. b G v. 14.3.2005 | 721 mWv 18.3.2005

§ 18 Abs. 2 Eingangssatz (früher Abs. 1 Eigangssatz): IdF d. Art. 35 Nr. 2 G v. 23.12.2003 | 2848 mWv 1.1.2004, d. Art. 2 Nr. 3 Buchst. b G v. 14.3.2005 | 721 mWv 18.3.2005 u. d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. b G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013

§ 18 Abs. 2 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 16 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022

§ 18 Abs. 3: Früher Abs. 2 gem. u. idF d. Art. 2 Nr. 3 Buchst. c G v. 14.3.2005 | 721 mWv 18.3.2005

§ 18 Abs. 3 Eingangssatz. IdF d. Art. 47 Nr. 10 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 18 Abs. 3 Nr. 1: IdF d. Art. 5 Nr. 2 G v. 22.11.2011 | 2258 mWv 26.11.2011
```

§ 18a Datenübermittlung an die Träger der Sozialhilfe und die für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Stellen

¹An die Träger der Sozialhilfe und die für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Stellen werden zur Prüfung, ob die Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme von Leistungen vorliegen oder ob die erforderlichen Gesundheitsuntersuchungen und Impfungen durchgeführt wurden, zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Grunddaten und folgende Daten übermittelt:

- 1. abweichende Namensschreibweisen, andere Namen, Aliaspersonalien und Angaben zum Ausweispapier, die ausländische Personenidentitätsnummer, freiwillige Angaben zur Religionszugehörigkeit,
- 2. das Datum der Verpflichtungserklärung nach § 68 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes und die Stelle, bei der sie vorliegt,
- 3. Familienstand,
- 4. Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status und zu den für oder gegen den Ausländer getroffenen aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen,
- 5. Angaben zum Asylverfahren,
- 6. die gegenwärtige Anschrift im Bundesgebiet,
- 7. freiwillig gemachte Angaben zu Telefonnummern und E-Mail-Adressen,
- 8. begleitende minderjährige Kinder und Jugendliche, Elternteile, Ehegatten und Lebenspartner jeweils mit Familienname und Vornamen,

- 9. das zuständige Bundesland, die zuständige Aufnahmeeinrichtung und Ausländerbehörde, die für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständige Stelle, bei unbegleiteten minderjährigen Kindern und Jugendlichen das zuständige Jugendamt,
- 10. Schulbildung, Studium, Ausbildung, Beruf,
- 11. Sprachkenntnisse,
- 12. die Berechtigung oder Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen, sowie dazugehörige Kursinformationen,
- 12a. Teilnahme an einer Maßnahme der berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach § 45a des Aufenthaltsgesetzes,
- 13. die Durchführung der Gesundheitsuntersuchung nach § 62 Absatz 1 des Asylgesetzes und die Untersuchung auf Vorliegen einer ansteckungsfähigen Lungentuberkulose nach § 36 Absatz 4 oder 5 des Infektionsschutzgesetzes, jeweils mit Ort und Datum,
- 13a. die Feststellung, dass keine medizinischen Bedenken gegen die Aufnahme in eine Einrichtung der gemeinschaftlichen Unterbringung bestehen,
- 14. die Durchführung von Impfungen mit Art, Ort und Datum der jeweiligen Impfung.

§ 18a Satz 1 (früher einziger Text): Eingef. durch Art. 4 Nr. 10 G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005; idF d. Art. 2 Nr. 10 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016; jetzt Satz 1 gem. Art. 5 nach Maßgabe d. Art. 29 G v. 17.7.2017 | 2541 iVm Bek. v 25.2.2019 | 162 mWv 27.2.2019 § 18a Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. a G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 18a Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. b G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021 § 18a Satz 1 (früher einziger Text) Nr. 8: IdF d. Art. 7 Nr. 2 G v. 31.7.2016 | 1939 mWv 6.8.2016 § 18a Satz 1 Nr. 9: IdF d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. c G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 18a Satz 1 Nr. 12: IdF d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. d G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 18a Satz 1 Nr. 12a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 17 Buchst. e G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 18a Satz 1 (früher einziger Text) Nr. 13: IdF d. Art. 4 Nr. 2 Buchst. a G v. 17.7.2017 | 2615 mWv 25.7.2017 § 18a Satz 1 (früher einziger Text) Nr. 13a: Eingef. durch Art. 4 Nr. 2 Buchst. b G v. 17.7.2017 | 2615 mWv 25.7.2017

§ 18b Datenübermittlung an die Bundesagentur für Arbeit und die für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Stellen

162 mWv 27.2.2019; idF d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. b G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024

- (1) An die Bundesagentur für Arbeit und die für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Stellen werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Grunddaten und folgende Daten übermittelt:
- 1. abweichende Namensschreibweisen, andere Namen, Aliaspersonalien und Angaben zum Ausweispapier, die ausländische Personenidentitätsnummer,
- 2. Familienstand,
- 3. Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status und zu den für oder gegen den Ausländer getroffenen aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen,
- 4. Angaben zum Asylverfahren,
- 5. die gegenwärtige Anschrift im Bundesgebiet,

²Den Trägern der Sozialhilfe und den für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Stellen werden zum Zweck der weiteren Überprüfung der Identität und zur Prüfung der Leistungsvoraussetzungen auf Ersuchen zudem die zu den Fingerabdruckdaten zugehörigen Referenznummern übermittelt.

- 6. freiwillig gemachte Angaben zu Telefonnummern und E-Mail-Adressen,
- 7. begleitende minderjährige Kinder und Jugendliche, Elternteile, Ehegatten und Lebenspartner jeweils mit Familienname und Vornamen,
- 8. das zuständige Bundesland, die zuständige Aufnahmeeinrichtung und Ausländerbehörde, bei unbegleiteten minderjährigen Kindern und Jugendlichen das zuständige Jugendamt,
- 9. Schulbildung, Studium, Ausbildung, Beruf,
- 10. Sprachkenntnisse,
- 11. die Berechtigung oder Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen, sowie dazugehörige Kursinformationen,
- 12. Teilnahme an einer Maßnahme der berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach § 45a des Aufenthaltsgesetzes.
- (2) An die für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Stellen werden zur Erfüllung ihrer Aufgabe nach § 68 Absatz 2 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes in Verbindung mit dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen das Datum der Verpflichtungserklärung nach § 68 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes und die Stelle, bei der sie vorliegt, übermittelt.

§ 18b bis 18d: Eingef. durch Art. 2 Nr. 11 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016

§ 18b Abs. 1: Früher einziger Text gem. Art. 1 Nr. 18 Buchst. a G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022

§ 18b Abs. 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 18 Buchst. a DBuchst. bb G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022

§ 18b Abs. 1 Nr. 2 bis 4: Frühere Nr. 2 aufgeh., frühere Nr. 3 bis 5 jetzt Nr. 2 bis 4 gem. Art. 1 Nr. 18 Buchst. a DBuchst. bb u. cc G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022

§ 18b Abs. 1 Nr. 5: Früher Nr. 6 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 18 Buchst. a DBuchst. cc u. dd G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022

§ 18b Abs. 1 Nr. 6: Früher Nr. 7 gem. Art. 1 Nr. 18 Buchst. a DBuchst. cc G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022

§ 18b Abs. 1 Nr. 7 (früher Nr. 8): IdF d. Art. 7 Nr. 3 G v. 31.7.2016 I 1939 mWv 6.8.2016; jetzt Nr. 7 gem. Art. 1 Nr. 18 Buchst. a DBuchst. cc G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022

§ 18b Abs. 1 Nr. 8 bis 10: Früher Nr. 9 bis 11 gem. Art. 1 Nr. 18 Buchst. a DBuchst. cc G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022

§ 18b Abs. 1 Nr. 11: Früher Nr. 12 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 18 Buchst. a DBuchst. cc u. ee G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022

§ 18b Abs. 1 Nr. 12: Eingef. durch Art. 1 Nr. 18 Buchst. a DBuchst. ff G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022

§ 18b Abs. 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 18 Buchst. b G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021

§ 18c Datenübermittlung an die für den öffentlichen Gesundheitsdienst zuständigen Behörden

An die für den öffentlichen Gesundheitsdienst zuständigen Behörden werden zur Prüfung, ob die erforderlichen Gesundheitsuntersuchungen und Impfungen durchgeführt wurden, zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Grunddaten und folgende Daten übermittelt:

- 1. abweichende Namensschreibweisen, andere Namen, Aliaspersonalien und Angaben zum Ausweispapier,
- 2. die ausländische Personenidentitätsnummer,
- 3. die gegenwärtige Anschrift im Bundesgebiet,
- 4. freiwillig gemachte Angaben zu Telefonnummern und E-Mail-Adressen,
- 5. begleitende minderjährige Kinder und Jugendliche, Elternteile, Ehegatten und Lebenspartner jeweils mit Familienname und Vornamen,

- 6. die Durchführung der Gesundheitsuntersuchung nach § 62 Absatz 1 des Asylgesetzes und die Untersuchung auf Vorliegen einer ansteckungsfähigen Lungentuberkulose nach § 36 Absatz 4 oder 5 des Infektionsschutzgesetzes, jeweils mit Ort und Datum,
- 6a. die Feststellung, dass keine medizinischen Bedenken gegen die Aufnahme in eine Einrichtung der gemeinschaftlichen Unterbringung bestehen,
- 7. die Durchführung von Impfungen mit Art, Ort und Datum der jeweiligen Impfung.

```
§ 18b bis 18d: Eingef. durch Art. 2 Nr. 11 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016 § 18c Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 19 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 18c Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 13 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 18c Nr. 5: IdF d. Art. 7 Nr. 4 G v. 31.7.2016 | 1939 mWv 6.8.2016 § 18c Nr. 6: IdF d. Art. 4 Nr. 3 Buchst. a G v. 17.7.2017 | 2615 mWv 25.7.2017 § 18c Nr. 6a: Eingef. durch Art. 4 Nr. 3 Buchst. b G v. 17.7.2017 | 2615 mWv 25.7.2017
```

§ 18d Datenübermittlung an die Jugendämter

An die Jugendämter werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Grunddaten und folgende Daten übermittelt:

- 1. abweichende Namensschreibweisen, andere Namen, Aliaspersonalien und Angaben zum Ausweispapier,
- 2. die ausländische Personenidentitätsnummer,
- 3. Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status und zu den für oder gegen den Ausländer getroffenen aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen,
- 4. Angaben zum Asylverfahren,
- 5. die gegenwärtige Anschrift im Bundesgebiet,
- 6. freiwillig gemachte Angaben zu Telefonnummern und E-Mail-Adressen,
- 7. begleitende minderjährige Kinder und Jugendliche, Elternteile, Ehegatten und Lebenspartner jeweils mit Familienname und Vornamen,
- 8. das zuständige Bundesland, die zuständige Aufnahmeeinrichtung, Ausländerbehörde und die für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständige Stelle, bei unbegleiteten minderjährigen Kindern und Jugendlichen das zuständige Jugendamt,
- 9. die Durchführung der Gesundheitsuntersuchung nach § 62 Absatz 1 des Asylgesetzes sowie die Untersuchung auf Vorliegen einer ansteckungsfähigen Lungentuberkulose nach § 36 Absatz 4 oder 5 des Infektionsschutzgesetzes, jeweils mit Ort und Datum,
- 9a. die Feststellung, dass keine medizinischen Bedenken gegen die Aufnahme in eine Einrichtung der gemeinschaftlichen Unterbringung bestehen,
- 10. die Durchführung von Impfungen mit Art, Ort und Datum der jeweiligen Impfung.

Fußnoten

```
§ 18b bis 18d: Eingef. durch Art. 2 Nr. 11 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016 § 18d Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 20 Buchst. a G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 18d Nr. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 13 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 18d Nr. 7: IdF d. Art. 7 Nr. 5 G v. 31.7.2016 | 1939 mWv 6.8.2016 § 18d Nr. 8: IdF d. Art. 1 Nr. 20 Buchst. b G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 § 18d Nr. 9: IdF d. Art. 4 Nr. 4 Buchst. a G v. 17.7.2017 | 2615 mWv 25.7.2017 § 18d Nr. 9a: Eingef. durch Art. 4 Nr. 4 Buchst. b G v. 17.7.2017 | 2615 mWv 25.7.2017
```

§ 18e Datenübermittlung an die Meldebehörden

¹An die zuständige Meldebehörde werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben in den Fällen des § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 und 2 zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, unverzüglich nach der Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung neben den Grundpersonalien die AZR-Nummer nur zum Zweck der eindeutigen Zuordnung, die gegenwärtige Anschrift im Bundesgebiet sowie Übermittlungssperren in einem automatisierten Verfahren übermittelt. ²Ebenso werden Änderungen dieser Daten übermittelt. ³Bei Änderung der gegenwärtigen Anschrift im Bundesgebiet ist auch die Anschrift vor Änderung zu übermitteln.

(2) (weggefallen)

Fußnoten

§ 18e: Eingef, durch Art. 3 Nr. 3 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 1.11.2016 § 18e (früher Abs. 1): Früherer einziger Text wurde Abs. 1 gem. Art. 7 Nr. 1 nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 1.11.2019, jetzt einziger Text gem. Art. 1 Nr. 18 Buchst. a G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024 § 18e Satz 1: IdF Art. 7 Nr. 1 nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv

1.11.2019. d. Art. 1 Nr. 13 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022 u. d. Art. 1 Nr. 18 Buchst. c G v.

8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024

§ 18e Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 21 G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022

§ 18e Abs. 2: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 18 Buchst. b G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024

§ 18f Datenübermittlung an die Familienkasse Direktion der Bundesagentur für Arbeit

- (1) An die Familienkasse Direktion der Bundesagentur für Arbeit werden zur Erfüllung der Aufgaben nach Abschnitt X des Einkommensteuergesetzes und nach § 1 des Bundeskindergeldgesetzes in den Fällen, in denen bei einem Unionsbürger die Feststellung des Nichtbestehens oder des Verlustes des Rechts auf Einreise und Aufenthalt nach § 2 Absatz 4, § 5 Absatz 4 oder § 6 Absatz 1 des Freizügigkeitsgesetzes/EU gespeichert wird, die Grundpersonalien des Unionsbürgers, die Feststellung des Nichtbestehens oder des Verlustes des Rechts auf Einreise und Aufenthalt sowie die Daten nach § 3 Absatz 4 Nummer 1 in einem automatisierten Verfahren übermittelt.
- (2) ¹Die Familienkasse Direktion der Bundesagentur für Arbeit prüft unverzüglich, ob die nach Absatz 1 übermittelten Daten des Unionsbürgers den Daten eines Unionsbürgers, der Kindergeld nach Abschnitt X des Einkommensteuergesetzes oder nach § 1 des Bundeskindergeldgesetzes beansprucht und dessen Daten bei den Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit gespeichert sind, zugeordnet werden können. ²Ist dies nicht der Fall, hat die Familienkasse Direktion der Bundesagentur für Arbeit die nach Absatz 1 übermittelten Daten des Unionsbürgers unverzüglich zu löschen.

Fußnoten

§ 18f: Eingef. durch Art. 3 Nr. 2 G v. 22.12.2016 | 3155 mWv 1.1.2018 § 18f Abs. 1: IdF d. Art. 5 G v. 20.4.2023 I Nr. 106 mWv 25.4.2023

§ 18g Datenübermittlung an die Träger der Deutschen Rentenversicherung

An die Träger der Deutschen Rentenversicherung werden mit Einwilligung der betroffenen Person zur Prüfung rentenrechtlicher Zeiten nach den §§ 56 und 57 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Grunddaten und folgende Daten übermittelt:

- 1. abweichende Namensschreibweisen, andere Namen und Aliaspersonalien und
- 2. Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status während des nach den §§ 56 und 57 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch maßgeblichen Zeitraums.

Fußnoten

§ 18g: Eingef. durch Art. 1 Nr. 10 nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 1.11.2019

§ 18g Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 20 G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024

§ 19 Datenübermittlung an die Staatsangehörigkeits- und Vertriebenenbehörden

- (1) An die zum Vollzug des Staatsangehörigkeitsrechts und an die nach dem Bundesvertriebenengesetz zuständigen Behörden (Staatsangehörigkeits- und Vertriebenenbehörden) werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben bei der Feststellung der Eigenschaft als Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes und bei der Feststellung der Aussiedler- oder Spätaussiedlereigenschaft auf Ersuchen neben den Grunddaten auch Hinweise auf die Behörden übermittelt, die der Registerbehörde Daten zu einem oder mehreren der folgenden Anlässe übermittelt haben:
- Asylantrag,
- 2. Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes,
- 3. Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung im Sinne des § 71 Absatz 3 Nummer 1a und 1b des Aufenthaltsgesetzes,
- 4. Ausschreibung zur Zurückweisung an der Grenze,
- 5. Ausschreibung zur Festnahme oder Aufenthaltsermittlung,
- 6. Aus- oder Durchlieferung,
- 7. Ablehnung eines Antrages auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit oder der Eigenschaft als Deutscher,
- 8. Ablehnung oder Rücknahme der Feststellung der Aussiedler- oder Spätaussiedlereigenschaft.
- (2) Die Übermittlung unterbleibt, wenn Daten der betroffenen Person nur auf Grund eines Suchvermerks im Register erfaßt sind.
- (3) ¹Den Staatsangehörigkeitsbehörden werden mit Einwilligung der betroffenen Person zur Beratung über die Stellung eines Antrags auf Einbürgerung auf Ersuchen neben den Grunddaten auch Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status übermittelt. ²Soweit erforderlich werden den Staatsangehörigkeitsbehörden zur Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen auf Ersuchen neben den Grunddaten auch Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status übermittelt.

Fußnoten

§ 19 Abs. 1 Nr. 2: IdF d. Art. 4 Nr. 11 Buchst. a G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005 § 19 Abs. 1 Nr. 3: IdF d. Art. 5 Nr. 3 G v. 22.11.2011 | 2258 mWv 26.11.2011 § 19 Abs. 2: Früherer Abs. 2 aufgeh., früherer Abs. 3 jetzt Abs. 2 gem. Art. 4 Nr. 11 Buchst. b u. c G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005; idF d. Art. 47 Nr. 10 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019 § 19 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 22 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021

§ 20 Datenübermittlung an die Verfassungsschutzbehörden, den Militärischen Abschirmdienst und den Bundesnachrichtendienst

- (1) ¹An die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, den Militärischen Abschirmdienst und den Bundesnachrichtendienst werden zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Daten übermittelt, die zur Erfüllung der ihnen durch Gesetz übertragenen Aufgaben erforderlich sind, sofern sie nicht aus allgemein zugänglichen Quellen, nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Person stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. ²Die Regelungen über die Einsichtnahme in amtliche Register und über die Aufzeichnungspflicht für die in Satz 1 bezeichneten Stellen bleiben unberührt.
- (2) ¹Die ersuchende Stelle hat Aufzeichnungen über das Ersuchen, den Zweck des Ersuchens und das Vorliegen der in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Voraussetzungen zu fertigen. ²Die Aufzeichnungen sind

für die datenschutzrechtliche Kontrolle bestimmt. ³Sie sind gesondert aufzubewahren und durch geeignete Maßnahmen gegen unberechtigten Zugriff zu sichern. ⁴Sie sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten, sofern sie nicht für ein bereits eingeleitetes Kontrollverfahren benötigt werden.

Fußnoten

§ 20 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 16 G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013 u. d. Art. 47 Nr. 11 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 21 Datenübermittlung an das Auswärtige Amt, die deutschen Auslandsvertretungen, das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten und andere öffentliche Stellen im Visaverfahren und im beschleunigten Fachkräfteverfahren

- (1) ¹Im Rahmen des Visaverfahrens werden auf Anfrage des Auswärtigen Amts, der deutschen Auslandsvertretungen oder des Bundesamts für Auswärtige Angelegenheiten die hierfür erforderlichen Daten an die beteiligte Organisationseinheit im Bundesverwaltungsamt weitergegeben. ²Für die Weitergabe gelten die Übermittlungsregelungen dieses Gesetzes entsprechend.
- (2) Die beteiligte Organisationseinheit übermittelt die empfangenen Daten im erforderlichen Umfang an die anfragende Auslandsvertretung, das Auswärtige Amt oder das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten (Rückmeldung).
- (2a) ¹Soweit die Weitergabe der Daten gemäß Absatz 1 an die beteiligte Organisationseinheit im Bundesverwaltungsamt und die anschließende Übermittlung dieser Daten gemäß Absatz 2 an die ersuchende deutsche Auslandsvertretung, das Auswärtige Amt oder das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten im Einzelfall zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen des Visumverfahrens nicht ausreichen, können die erforderlichen Daten unmittelbar an die ersuchende deutsche Auslandsvertretung, an das Auswärtige Amt oder an das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten übermittelt werden. ²Zu diesem Zweck können das Auswärtige Amt, die deutschen Auslandsvertretungen und das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten zum Abruf von Daten der betroffenen Person im automatisierten Verfahren zugelassen werden. ³Für die Zulassung gilt § 22 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 bis 4 entsprechend.
- (3) ¹Ist die Identität nicht eindeutig feststellbar, sind die Daten nach § 10 Abs. 3 Satz 1 und, soweit notwendig, das Datum der letzten Registereintragung sowie die aktenführende Ausländerbehörde an die beteiligte Organisationseinheit weiterzugeben. ²Zur Identitätsfeststellung erfolgt eine Übermittlung dieser Daten an die anfragende Auslandsvertretung, das Auswärtige Amt oder das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten. ³Daten, die nicht zur betroffenen Person gehören, hat die Auslandsvertretung, das Auswärtige Amt oder das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten unverzüglich zu löschen und entsprechende Aufzeichnungen zu vernichten.
- (4) ¹Ist für die Erteilung eines Visums die Zustimmung der Ausländerbehörde oder der Bundesagentur für Arbeit erforderlich, übermittelt die beteiligte Organisationseinheit der Ausländerbehörde oder der Bundesagentur für Arbeit die dafür erforderlichen Daten. ²Dasselbe gilt für den Fall, dass die Auslandsvertretung oder das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten aus sonstigen Gründen für die Erteilung des Visums um eine Stellungnahme der Ausländerbehörde oder der Bundesagentur für Arbeit nachsucht.
- (5) Ist zu der Person, auf die sich die Anfrage einer deutschen Auslandsvertretung, des Auswärtigen Amts oder des Bundesamts für Auswärtige Angelegenheiten bezieht, ein Suchvermerk gespeichert, übermittelt die beteiligte Organisationseinheit die nach Absatz 1 Satz 1 weitergegebenen Daten an die ersuchende Stelle.
- (6) Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bestimmt im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt, bei welchen Speicheranlässen nach § 2 Abs. 2 die beteiligte Organisationseinheit die vom Auswärtigen Amt, dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten oder der Auslandsvertretung übermittelten Daten an die Behörde, die diese Speicherung veranlasst hat, übermittelt.

- (7) Die infolge der Übermittlung nach den Absätzen 4 bis 6 erforderlichen weiteren Übermittlungen zwischen den dort genannten Behörden und der nach Absatz 1 Satz 1 anfragenden Behörde dürfen über die beteiligte Organisationseinheit des Bundesverwaltungsamtes erfolgen.
- (8) ¹Die Registerbehörde übermittelt bei Speicheranlässen nach § 2 Absatz 2b zur Fortführung eines beschleunigten Fachkräfteverfahrens nach § 81a des Aufenthaltsgesetzes die Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 und 7 in einem automatisierten Verfahren an die zuständige Auslandsvertretung. ²Die Dokumente nach § 3 Absatz 3c werden auf Ersuchen zusammen mit den Daten nach Satz 1 durch die Registerbehörde an das Auswärtige Amt, die deutschen Auslandsvertretungen und das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten übermittelt, soweit sie jeweils zu deren Aufgabenerfüllung erforderlich sind. ³Zu diesem Zweck können das Auswärtige Amt, die deutschen Auslandsvertretungen und das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten zum Abruf von Daten und Dokumenten der betroffenen Person im automatisierten Verfahren zugelassen werden. ⁴Für die Zulassung gilt § 22 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 bis 4 entsprechend.

- § 21 Überschrift: IdF d. Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 G v. 12.6.2020 I 1241 mWv 24.6.2020 u. d. Art. 7a Nr. 5 Buchst. a G v. 3.12.2020 I 2744 mWv 12.12.2020
- § 21 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 5 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a G v. 12.6.2020 | 1241 mWv 24.6.2020
- § 21 Abs. 2: IdF d. Art. 4 Nr. 11 Buchst. a G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 5 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. b G v. 12.6.2020 I 1241 mWv 24.6.2020
- § 21 Abs. 2a: IdF d. Art. 5 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. c G v. 12.6.2020 I 1241 mWv 24.6.2020
- § 21 Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 5 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. d G v. 12.6.2020 I 1241 mWv 24.6.2020
- § 21 Abs. 3 Satz 3: IdF d. Art. 47 Nr. 12 G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019 u. d. Art. 5 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. d G v. 12.6.2020 I 1241 mWv 24.6.2020
- § 21 Abs. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 22 Buchst. a G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 21 Abs. 5: IdF d. Art. 4 Nr. 11 Buchst. b G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 5 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. f G v. 12.6.2020 I 1241 mWv 24.6.2020
- § 21 Abs. 6 u. 7: Eingef. durch Art. 4 Nr. 11 Buchst. c G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007
- § 21 Abs. 6: IdF d. Art. 5 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. g G v. 12.6.2020 | 1241 mWv 24.6.2020 u. d. Art. 167 V v. 19.6.2020 | 1328 mWv 27.6.2020
- § 21 Abs. 8: Eingef. durch Art. 7a Nr. 5 Buchst. b G v. 3.12.2020 I 2744 mWv 12.12.2020

§ 21a Datenübermittlung an das Bundesverwaltungsamt im Rahmen des Registrier- und Asylverfahrens

¹Nach der Erhebung von Daten nach § 16 Absatz 1 Satz 1 des Asylgesetzes und § 49 des Aufenthaltsgesetzes und nach der Übermittlung von Daten gemäß Artikel 21 der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 werden anlässlich von Speicherungen nach § 2 Absatz 1a, 2 Nummer 1 und 2 sowie Absatz 2a die zur Durchführung von Beteiligungen und Abgleichen nach § 73 Absatz 1a des Aufenthaltsgesetzes erforderlichen Daten unverzüglich an die beteiligte Organisationseinheit im Bundesverwaltungsamt weitergegeben. ²Für die Weitergabe gelten die Übermittlungsregelungen dieses Gesetzes entsprechend.

Fußnoten

§ 21a: Eingef. durch Art. 2 Nr. 12 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016 § 21a Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 13 nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 1.5.2020; idF d. Art. 1 Nr. 23 G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024

§ 22 Abruf im automatisierten Verfahren

- (1) ¹Folgende öffentliche Stellen nehmen zum Abruf von Daten der betroffenen Person am automatisierten Verfahren teil:
- 1. die Ausländerbehörden, die Aufnahmeeinrichtungen oder Stellen im Sinne des § 88 Abs. 3 des Asylgesetzes,
- 2. das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,

- 3. die Bundespolizei und Stellen eines Landes oder der Zollverwaltung, soweit sie grenzpolizeiliche Aufgaben wahrnehmen,
- 3a. die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt,
- 3b. die Polizei beim Deutschen Bundestag,
- 4. sonstige Polizeivollzugsbehörden der Länder,
- 5. die Staatsanwaltschaften, mit Ausnahme der Generalstaatsanwaltschaften,
- 5a. die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit,
- 5b. das Bundesamt für Justiz, soweit es Aufgaben nach dem Bundeszentralregistergesetz, nach dem Titel XI der Gewerbeordnung und nach dem Internationalen Familienrechtsverfahrensgesetz wahrnimmt,
- 5c. die Abschiebungshafteinrichtungen,
- 6. das Zollkriminalamt,
- 7. die Behörden der Zollverwaltung,
- 7a. die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen,
- 7b. die Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung,
- 8. die Träger der Sozialhilfe und die für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Stellen,
- 8a. die Bundesagentur für Arbeit und die für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Stellen,
- 8b. die für den öffentlichen Gesundheitsdienst zuständigen Behörden,
- 8c. die Jugendämter und Unterhaltsvorschussstellen,
- 8d. die Staatsangehörigkeits- und Vertriebenenbehörden,
- 8e. die Träger der Deutschen Rentenversicherung,
- 8f. die Familienkassen.
- 9. die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst,
- 10. das Bundesverwaltungsamt, soweit es Aufgaben im Rahmen des Visaverfahrens und zur Feststellung der Staatsangehörigkeit wahrnimmt,
- 11. die obersten Bundes- und Landesbehörden, die mit der Durchführung ausländer- und asylrechtlicher Vorschriften als eigener Aufgabe betraut sind, soweit nicht § 21 anzuwenden ist.

²Soweit der Datenabruf noch nicht im automatisierten Verfahren erfolgt, haben die genannten Behörden bis zum 1. August 2026 die notwendigen technischen und organisatorischen Voraussetzungen des Absatzes 2 zu schaffen und die Zulassung bei der Registerbehörde zu beantragen. ³Andere öffentliche Stellen können unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 zum Abruf von Daten der betroffenen Person im automatisierten Verfahren zugelassen werden. ⁴Die Registerbehörde hat die Bundesbeauftragte oder den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit unter Mitteilung der nach den Artikeln 24, 25 und 32 der Verordnung (EU) 2016/679 zu treffenden Maßnahmen von der Zulassung zu unterrichten.

- (2) ¹Das automatisierte Abrufverfahren darf nur eingerichtet werden, wenn die beteiligten Stellen die zur Datensicherung nach den Artikeln 24, 25 und 32 der Verordnung (EU) 2016/679 erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen getroffen haben. ²§ 20 Abs. 2 gilt entsprechend.
- (3) ¹Die Verantwortung für die Zulässigkeit des einzelnen Abrufs trägt die abrufende Stelle. ²Die Registerbehörde überprüft die Zulässigkeit der Abrufe durch geeignete Stichprobenverfahren sowie, wenn

dazu Anlass besteht. ³Die abrufende Stelle hat ein Berechtigungskonzept vorzusehen, welches mit dem jeweiligen Datenschutzbeauftragten der abrufenden Stelle abzustimmen ist.

(4) Die Registerbehörde hat sicherzustellen, daß im automatisierten Verfahren Daten nur abgerufen werden können, wenn die abrufende Stelle einen Verwendungszweck angibt, der ihr den Abruf dieser Daten erlaubt, sofern der Abruf nicht lediglich die Grunddaten nach § 14 Abs. 1 von Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, zum Gegenstand hat.

- § 22 Abs. 1 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 47 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. aa G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019 u. d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. a DBuchst. aa aaa G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 2 Nr. 4 Buchst. a G v. 14.3.2005 I 721 mWv 18.3.2005 u. d. Art. 14 Nr. 3 G v. 20.10.2015 I 1722 mWv 24.10.2015
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 4 Nr. 12 Buchst. a G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 24 Nr. 4 G v. 21.6.2005 I 1818 mWv 1.7.2005
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a: Eingef. durch Art. 2 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. aa nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 14 Buchst. a DBuchst. aa nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 9.8.2019
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4: IdF d. Art. 2 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. bb nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 u. 5a: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. a DBuchst. aa bbb G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 14 Buchst. a DBuchst. bb nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 9.8.2019
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5c: Eingef. durch Art. 1 Nr. 24 Buchst. a DBuchst. aa ccc G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7: IdF d. Art. 2 Nr. 4 Buchst. b G v. 14.3.2005 I 721 mWv 18.3.2005 u. d. Art. 2 Nr.
- 13 Buchst. a DBuchst. dd nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7a: Eingef. durch Art. 3 Nr. 3 G v. 23.6.2017 I 1822 mWv 26.6.2017
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7b: Eingef. durch Art. 14 Nr. 3 G v. 19.12.2022 I 2606 mWv 28.12.2022
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8: Eingef. durch Art. 4 Nr. 12 Buchst. b G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005; idF d. Art. 2 Nr. 4 Buchst. c G v. 14.3.2005 | 721 mWv 18.3.2005 u. d. Art. 2 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. ee nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8a u. 8b: Eingef. durch Art. 2 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. ff nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8c bis 8e: Eingef. durch Art. 1 Nr. 14 Buchst. a DBuchst. cc nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 9.8.2019
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8c: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. a DBuchst. aa ddd G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8f: Eingef. durch Art. 1 Nr. 24 Buchst. a DBuchst. aa eee G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 (früher Nr. 8): Früherer Schlusssatz aufgeh. durch Art. 13 Nr. 8 Buchst. a G v. 9.1.2002 | 361 mWv 1.1.2002; frühere Nr. 8 jetzt Nr. 9 gem. Art. 4 Nr. 12 Buchst. c G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005; idF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. a DBuchst. dd nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10: Früher Nr. 9 gem. Art. 4 Nr. 12 Buchst. c G v. 30.7.2004 I 1950 mWv
- 1.1.2005; idF d. Art. 4 Nr. 12 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.8.2007 l 1970 mWv 28.8.2007
- § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11: Eingef. durch Art. 4 Nr. 12 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007
- § 22 Abs. 1 Satz 2 u. 3: Früher Satz 2 gem u. idF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. a DBuchst. bb G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 22 Abs. 1 Satz 4 (früher Satz 3): IdF d. Art. 47 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. cc G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019; jetzt Satz 4 gem. Art. 1 Nr. 24 Buchst. a DBuchst. bb G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 22 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019, d. Art. 47 Nr. 13 Buchst. b G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019 u. d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. b G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 22 Abs. 2 Satz 2: Früherer Satz 2 u. 3 aufgeh., früherer Satz 4 jetzt Satz 2 gem. Art. 13 Nr. 8 Buchst. b DBuchst. aa u. bb G v. 9.1.2002 | 361 mWv 1.1.2002

§ 22 Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 2 Nr. 13 Buchst. b DBuchst. aa nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016

§ 22 Abs. 3 Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. c nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 9.8.2019

§ 22 Abs. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 17 G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013

§ 23 Statistische Aufbereitung der Daten

- (1) ¹Das Statistische Bundesamt erstellt jährlich nach dem Stand vom 31. Dezember eine Bundesstatistik über die Ausländer, die sich während des Kalenderjahres nicht nur vorübergehend im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufgehalten haben. ²Zur Erfüllung von Berichtspflichten nach dem Recht der Europäischen Union, die vom Statistischen Bundesamt zu bearbeiten sind, oder eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs für Zwecke der Vorbereitung und Begründung anstehender Entscheidungen oberster Bundesbehörden darf das Statistische Bundesamt die Erhebung auch zu anderen Stichtagen durchführen, wenn ein verbindlicher Rechtsakt der Europäischen Union dies vorsieht oder eine oberste Bundesbehörde hierum ersucht.
- (2) ¹Die Registerbehörde übermittelt dem Statistischen Bundesamt als Erhebungsmerkmale für diese Statistik über Ausländer, die sich während des Kalenderjahres nicht nur vorübergehend im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufgehalten haben, folgende Daten zu diesem Personenkreis:
- 1. Monat und Jahr der Geburt,
- 2. Ort, Land und Bezirk der Geburt,
- 3. Geschlechtseintrag,
- 4. Staatsangehörigkeiten,
- 5. Familienstand,
- 6. Staatsangehörigkeiten des Ehegatten oder des Lebenspartners,
- 7. Angaben nach § 3 Absatz 1 Nummer 6 sowie Absatz 4 Nummer 6,
- 8. das Ausstellungsdatum und die Gültigkeitsdauer einer Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende gemäß § 63a des Asylgesetzes.

²Das Statistische Bundesamt darf an die statistischen Ämter der Länder die ihren Erhebungsbereich betreffenden Daten für regionale Aufbereitungen weiterübermitteln.

- (3) ¹Zusätzlich zu den Daten nach Absatz 2 werden für diese Statistik die Daten zu folgenden Erhebungsmerkmalen übermittelt:
- 1. Angaben nach § 3 Absatz 1 Nummer 3 in Verbindung mit § 2 Absatz 1a, 2 Nummer 1 bis 3 sowie § 3 Absatz 4 Nummer 3 in Verbindung mit § 2 Absatz 3 Nummer 2 bis 4,
- 2. Angaben nach § 3 Absatz 1 Nummer 7 in Verbindung mit § 2 Absatz 1a, 2 Nummer 1 bis 3 sowie § 3 Absatz 4 Nummer 7 in Verbindung mit § 2 Absatz 3 Nummer 2 bis 4,
- 2a. Angaben nach § 3 Absatz 1 Nummer 7a,
- 2b. Angaben nach § 3 Absatz 1 Nummer 9,
- 3. Angaben nach § 3 Absatz 3 in Verbindung mit § 2 Absatz 1a Nummer 1 und Absatz 2 Nummer 1.

- (4) ¹Die Registerbehörde übermittelt dem Statistischen Bundesamt als Hilfsmerkmale für diese Statistik folgende Daten:
- 1. Behördenkennziffer der aktenführenden Ausländerbehörde,
- 2. pseudonymisiertes Geschäftszeichen der Registerbehörde; bei begleiteten minderjährigen Ausländern nach § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1 wird zusätzlich das pseudonymisierte Geschäftszei-

²Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

- chen zu den Eltern und bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern das Jugendamt der vorläufigen Inobhutnahme sowie das endgültig zuständige Jugendamt übermittelt,
- 3. die gegenwärtige Anschrift im Bundesgebiet,
- 4. in den Fällen des Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 die Bezeichnung und das Geschäftszeichen der Stelle, die die Daten übermittelt hat.

- § 23 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019
- § 23 Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 9.8.2019
- § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. a DBuchst. aa G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 15.7.2021
- § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 25 G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 1.5.2025
- § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. a DBuchst. bb G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 15.7.2021
- § 23 Abs. 3 u. 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 15 Buchst. c nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019
- § 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2a u. 2b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 24 Buchst. b G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 15.7.2021
- § 23 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. c DBuchst. aa aaa G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 15.7.2021
- § 23 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 u. 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 24 Buchst. c DBuchst. aa bbb G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 15.7.2021
- § 23 Abs. 4 Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. c DBuchst. bb G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021

§ 23a Datenübermittlung an die Bundesagentur für Arbeit für Zwecke der Beschäftigungsstatistik

¹Die Registerbehörde übermittelt der Bundesagentur für Arbeit zur Erfüllung der Aufgaben nach § 281 Absatz 1 Satz 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch monatlich zu Ausländern, die keine Unionsbürger sind und sich nicht nur vorübergehend im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufhalten, als Erhebungsmerkmale Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status sowie als Hilfsmerkmale folgende Daten:

- 1. Bezeichnung der Stelle, die Daten übermittelt hat,
- 2. das Geschäftszeichen der Registerbehörde (AZR-Nummer),
- Familienname, Geburtsname, Vornamen, Schreibweise der Namen nach deutschem Recht, Ge-3. burtsdatum, Geburtsort, -land und -bezirk, Geschlechtseintrag, Doktorgrad, Staatsangehörigkeiten (Grundpersonalien),
- 4. abweichende Namensschreibweisen, andere Namen, Aliaspersonalien,
- 5. Angaben zum Zuzug oder Fortzug, das Sterbedatum sowie
- 6. die gegenwärtige Anschrift im Bundesgebiet.

²Die Hilfsmerkmale sind von den Erhebungsmerkmalen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu trennen und gesondert aufzubewahren oder gesondert zu speichern. ³Die Bundesagentur für Arbeit stellt der Registerbehörde und obersten Bundesbehörden auf Anfrage die statistischen Ergebnisse differenziert nach dem Aufenthaltsstatus der Ausländer, die keine Unionsbürger sind und sich nicht nur vorübergehend im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufhalten, zur Verfügung.

Fußnoten

§ 23a: Eingef. durch Art. 52a Nr. 2 G v. 15.8.2019 I 1307 mWv 1.3.2020

§ 23a Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 25 G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022 u. d. Art. 1 Nr. 26 Buchst. a G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 1.5.2025

§ 23a Satz 1 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 26 Buchst. b G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024

²Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend. ³Die Hilfsmerkmale nach Nummer 1, 2 und 4 dürfen vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder zusammen mit den Erhebungsmerkmalen gespeichert werden.

§ 24 Planungsdaten

- (1) ¹Die Registerbehörde kann, soweit die mit der Durchführung ausländer- oder asylrechtlicher Vorschriften betrauten öffentlichen Stellen oder die obersten Behörden des Bundes und der Länder zur Erfüllung ihrer Aufgaben Planungsdaten benötigen, auf Ersuchen über die in § 23 Abs. 2 Satz 1 bezeichneten Daten hinaus die nach § 3 Absatz 1 Nummer 7 in Verbindung mit § 2 Absatz 2 Nummer 4 bis 10 sowie § 3 Absatz 4 Nummer 7 in Verbindung mit § 2 Absatz 3 Nummer 5 bis 7 gespeicherten Daten übermitteln. ²Das Ersuchen ist schriftlich zu begründen.
- (2) Die Daten dürfen nur für Planungszwecke genutzt werden.

Fußnoten

§ 24 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 19 G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013 u. d. Art. 2 Nr. 15 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016

§ 24a Verarbeiten personenbezogener Daten für wissenschaftliche Zwecke

- (1) ¹Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge darf die nach § 3 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4, 5, 5c, 5d, 6, 7a und 9, Absatz 2 Nummer 4, 5, 7 und 8, Absatz 3 und 4 Nummer 1, 2, 4, 5 und 6 gespeicherten Daten zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, verarbeiten, soweit
- 1. dies für die Durchführung eines wissenschaftlichen Forschungsvorhabens nach § 75 Nummer 4 oder Nummer 4a des Aufenthaltsgesetzes erforderlich ist,
- 2. eine Verwendung anonymisierter Daten zu diesem Zweck nicht möglich oder die Anonymisierung mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist und
- 3. die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Personen nicht beeinträchtigt werden oder das öffentliche Interesse an der Durchführung des Forschungsvorhabens die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Personen erheblich überwiegt und der Forschungszweck nicht auf andere Weise erreicht werden kann.
- ²Bei der Abwägung nach Satz 1 Nummer 3 ist im Rahmen des öffentlichen Interesses das wissenschaftliche Interesse an dem Forschungsvorhaben besonders zu berücksichtigen.
- (2) ¹Die Ausländerbehörden übermitteln dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf Ersuchen zum Zwecke der Durchführung eines wissenschaftlichen Forschungsvorhabens nach § 75 Nummer 4 oder Nummer 4a des Aufenthaltsgesetzes Anschriften von Ausländern, soweit dies für die Durchführung des Forschungsvorhabens erforderlich ist. ²Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge darf die nach Satz 1 übermittelten Anschriften zum Zwecke der Durchführung des Forschungsvorhabens verarbeiten.
- (3) ¹Personenbezogene Daten sind zu pseudonymisieren, soweit dies nach dem Forschungszweck möglich ist und keinen im Verhältnis zu dem angestrebten Schutzzweck unverhältnismäßigen Aufwand erfordert. ²Merkmale, mit denen ein Personenbezug hergestellt werden kann, dürfen mit den Einzelangaben nur zusammengeführt werden, soweit der Forschungszweck dies erfordert. ³Die Zuordnungsmöglichkeit ist aufzuheben, sobald der Forschungszweck dies erlaubt, spätestens mit der Beendigung des Forschungsvorhabens, sofern ausnahmsweise eine Löschung der Daten noch nicht in Betracht kommt.
- (4) Die Verarbeitung personenbezogener Daten zu den in den Absätzen 1 und 2 genannten Zwecken hat räumlich und organisatorisch getrennt von der Verarbeitung personenbezogener Daten für die Erfüllung anderer Aufgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu erfolgen.
- (5) ¹Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge darf personenbezogene Daten von Ausländern, die es unter Verwendung der Daten nach den Absätzen 1 und 2 in einer auf Freiwilligkeit beruhenden Befragung der betroffenen Personen zu Forschungszwecken erhoben hat (Befragungsdaten) ohne Angaben zum Namen und zur Anschrift der Befragten an Forschungseinrichtungen übermitteln, soweit

- 1. dies für die Durchführung eines gemeinsamen wissenschaftlichen Forschungsvorhabens nach § 75 Nummer 4 oder Nummer 4a des Aufenthaltsgesetzes erforderlich ist,
- 2. eine Verwendung anonymisierter Daten zu diesem Zweck nicht möglich oder die Anonymisierung mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist und
- 3. die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Personen nicht beeinträchtigt werden oder das öffentliche Interesse an der Durchführung des Forschungsvorhabens die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Personen erheblich überwiegt und der Forschungszweck nicht auf andere Weise erreicht werden kann und
- 4. das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat der Übermittlung zustimmt.

²Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 Satz 2 und die Absätze 3 und 4 gelten entsprechend. ³Für die Übermittlung an Forschungseinrichtungen des Bundes und an Bundesbehörden zur Durchführung gemeinsamer Forschungsvorhaben gelten die Sätze 1 und 2 mit der Maßgabe, dass Befragungsdaten mit Einwilligung der Befragten auch mit Angaben zum Namen und zur Anschrift der Befragten übermittelt werden dürfen, wenn dies zur Erreichung des Forschungsziels erforderlich ist; die Erforderlichkeit ist gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schriftlich zu begründen. ⁴Die Daten sind zu anonymisieren, sobald dies nach dem Forschungszweck möglich ist. ⁵Der Dritte, an den die Daten übermittelt wurden, darf diese nur zum Zweck der Durchführung des Forschungsvorhabens verarbeiten.

- (6) ¹Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge darf die nach § 3 Absatz 1 Nummer 2, 4, 5, 5c, 5d, 6, 7a und 9, Absatz 2 Nummer 7, Absatz 3 und 4 Nummer 2, 4 bis 6 gespeicherten Daten zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, an staatliche oder staatlich anerkannte Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen, deren Tätigkeit überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, übermitteln, soweit
- 1. dies für die Durchführung eines wissenschaftlichen Forschungsvorhabens über Migrations- oder Integrationsfragen erforderlich ist,
- 2. eine Verwendung anonymisierter Daten zu diesem Zweck nicht möglich oder die Anonymisierung mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist,
- 3. die schutzwürdigen Interessen der Betroffenen nicht beeinträchtigt werden oder das öffentliche Interesse an der Durchführung des Forschungsvorhabens die schutzwürdigen Interessen der Betroffenen erheblich überwiegt und der Forschungszweck nicht auf andere Weise erreicht werden kann und
- 4. das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat der Übermittlung zustimmt.

²Absatz 1 Satz 2 und Absatz 3 gelten entsprechend. ³Eine Übermittlung ohne Einwilligung der betroffenen Person ist nicht zulässig. ⁴Angaben über den Namen und Vornamen, die Anschrift, die Telefonnummer sowie die für die Einleitung eines Vorhabens nach Satz 1 zwingend erforderlichen Strukturmerkmale der betroffenen Person können bei Ausländern nach § 2 Absatz 2 Nummer 2 bis 14 und bei Unionsbürgern, die nicht freizügigkeitsberechtigt sind, für Befragungen auch ohne Einwilligung übermittelt werden, wenn dies zur Einholung der Einwilligung nach Satz 3 erforderlich ist; die Erforderlichkeit ist gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schriftlich zu begründen. ⁵Die Begründung darf nur für Auskünfte an den Betroffenen nach § 34, für die Unterrichtung über die Berichtigung, Löschung oder Sperrung von Daten nach § 38 oder zur datenschutzrechtlichen Kontrolle der Zulässigkeit der Abrufe verwendet werden. ⁶Die Begründung ist durch geeignete Maßnahmen gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und nach Fristablauf zu löschen, wenn sie nicht für ein bereits eingeleitetes Kontrollverfahren benötigt wird. ⁷Die übermittelten Daten nach Satz 1 sind zu anonymisieren, sobald dies nach dem Forschungszweck möglich ist. ⁸Die Forschungseinrichtung, an die Daten übermittelt wurden, darf diese nur zum Zweck der Durchführung des Forschungsvorhabens verarbeiten. ⁹Die Daten sind gegen unbefugte Kenntnisnahme durch Dritte zu schützen. ¹⁰Die Forschungseinrichtung hat dafür zu sorgen, dass die Verwendung der personenbezogenen Daten räumlich und organisatorisch getrennt von der Erfüllung solcher Verwaltungsaufgaben oder Geschäftszwecke erfolgt, für die diese Daten gleichfalls von Bedeutung sein können.

- (7) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen, deren Tätigkeit überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, auf Antrag oder Ersuchen anonymisierte Daten aus dem Register, die für die Durchführung eines wissenschaftlichen Forschungsvorhabens über Migrations- oder Integrationsfragen erforderlich sind. übermitteln.
- (8) ¹Personenbezogene Daten werden nur an solche Personen übermittelt, die Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete sind oder die zur Geheimhaltung verpflichtet worden sind. ²§ 1 Absatz 2, 3 und 4 Nummer 2 des Verpflichtungsgesetzes findet auf die Verpflichtung zur Geheimhaltung entsprechende Anwendung.

- § 24a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 20 G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 28.12.2012
- § 24 Überschrift: IdF d. Art. 47 Nr. 14 Buchst. a G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 24a Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr. 16 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016; idF d. Art. 1 Nr. 26 Buchst. a G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022
- § 24a Abs. 1 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 47 Nr. 14 Buchst. b DBuchst. aa G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 24a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 9.8.2019
- § 24a Abs. 1 Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 47 Nr. 14 Buchst. b DBuchst. bb G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 24a Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019
- § 24a Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 47 Nr. 14 Buchst. c G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 24a Abs. 3 Satz 2: Früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 3 jetzt Satz 2 gem. u. idF d. Art. 47 Nr. 14 Buchst. d DBuchst. aa u. bb G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 24a Abs. 3 Satz 3: Früher Satz 4 gem. Art. 47 Nr. 14 Buchst. d DBuchst. aa G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 24a Abs. 4: IdF d. Art. 47 Nr. 14 Buchst. e G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 24a Abs. 5: Eingef. durch Art. 2 Nr. 16 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016
- § 24a Abs. 5 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 47 Nr. 14 Buchst. f DBuchst. aa aaa G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 24a Abs. 5 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. b DBuchst. aa nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 9.8.2019
- § 24a Abs. 5 Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 47 Nr. 14 Buchst. f DBuchst. aa bbb G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 24a Abs. 5 Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. b DBuchst. bb nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 9.8.2019
- § 24a Abs. 5 Satz 1 Nr. 4: IdF d. Art. 167 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020
- § 24a Abs. 5 Satz 5: IdF d. Art. 47 Nr. 14 Buchst. f DBuchst. bb G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019
- § 24a Abs. 6 bis 8: Eingef. durch Art. 1 Nr. 16 Buchst. c nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 | 1131 mWv 8.8.2021
- § 24a Abs. 6 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 26 Buchst. b G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 1.11.2022

Unterabschnitt 2 Datenübermittlung an nichtöffentliche Stellen, Behörden anderer Staaten und über- oder zwischenstaatliche Stellen

Fußnoten

Unterabschnitt 2 (Überschrift vor § 25): IdF d. Art. 4 Nr. 13 G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005

§ 25 Datenübermittlung an nichtöffentliche Stellen, die humanitäre oder soziale Aufgaben wahrnehmen

(1) An nichtöffentliche Stellen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die im Rahmen der Erfüllung ihrer humanitären oder sozialen Aufgaben nach Verschollenen zur Familienzusammenführung suchen oder

Unterstützung in Vormundschafts- und Unterhaltsangelegenheiten leisten, kann die Registerbehörde zur Erfüllung dieser Aufgaben zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen die Grundpersonalien, das Lichtbild und folgende weitere Daten übermitteln:

- 1. Hinweis auf die aktenführende Ausländerbehörde,
- 2. Zuzug oder Fortzug,
- 3. Übermittlungssperren, sofern die Datenübermittlung nach § 4 zulässig ist,
- 4. Sterbedatum.
- (2) ¹Das Übermittlungsersuchen soll die Grundpersonalien enthalten. ²Bei Zweifeln an der Identität des Ausländers kann, außer bei Unionsbürgern, das Ersuchen auch nur mit einem Lichtbild gestellt werden. ³Es ist schriftlich zu begründen. ⁴Stimmen die im Übermittlungsersuchen bezeichneten Daten mit den gespeicherten Daten nicht überein, ist die Übermittlung unzulässig, es sei denn, die Registerbehörde hat an der Identität der gesuchten und der im Register erfaßten Person keinen Zweifel. ⁵Das gleiche gilt, wenn der ersuchenden Stelle einzelne Daten nicht bekannt sind. ⁶Hinsichtlich der Aufzeichnungspflicht der Registerbehörde gilt § 13 entsprechend.
- (3) ¹Die übermittelten personenbezogenen Daten dürfen nur zu dem im Übermittlungsersuchen angegebenen Zweck verwendet werden. ²Die Registerbehörde hat die ersuchende Stelle hierauf hinzuweisen. ³Eine Weiterübermittlung ist nur mit Zustimmung der Registerbehörde zulässig. ⁴Die Weiterübermittlung von Daten, zu denen eine Übermittlungssperre besteht, ist unzulässig.
- (4) ¹Liegt dem Übermittlungsersuchen einer der in Absatz 1 bezeichneten Stellen das Begehren eines Dritten zugrunde, ihm den Aufenthaltsort des Betroffenen mitzuteilen, so darf diese Stelle die Daten nur mit Einwilligung des Betroffenen an den Dritten weiterübermitteln. ²Die Registerbehörde hat die ersuchende Stelle darauf hinzuweisen. ³Verweigert die betroffene Person die Einwilligung, hat die ersuchende Stelle die Daten der betroffenen Person unverzüglich zu vernichten.

Fußnoten

§ 25 Abs. 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 4 Nr. 13 Buchst. a G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 1 Nr. 21 Buchst. a G v. 20.12.2012 I 2745 mWv 1.9.2013

§ 25 Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 4 Nr. 13 Buchst. b DBuchst. aa G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007; idF d. Art. 1 Nr. 21 Buchst. b G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013

§ 25 Abs. 2 Satz 3: Früher Satz 2 gem. Art. 4 Nr. 13 Buchst. b DBuchst. aa G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 25 Abs. 2 Satz 4 u. 5: Früher Satz 3 u. 4 gem. u. idF d. Art. 4 Nr. 13 Buchst. b DBuchst. bb G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 25 Abs. 2 Satz 6: Früher Satz 5 gem. Art. 4 Nr. 13 Buchst. b DBuchst. aa G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 25 Abs. 4 Satz 3: IdF d. Art. 47 Nr. 15 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 26 Datenübermittlung an Behörden anderer Staaten und an über- oder zwischenstaatliche Stellen

¹An Behörden von Staaten, die nach § 1 Absatz 6 Satz 2 des Bundesdatenschutzgesetzes als Drittstaaten gelten, und an über- oder zwischenstaatliche Stellen können personenbezogene Daten übermittelt werden. ²Bei der Übermittlung sind Kapitel V der Verordnung (EU) 2016/679 und § 14 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 und Absatz 2 anzuwenden. ³Für eine Übermittlung an Behörden von Mitgliedstaaten der Europäischen Union und von Staaten im Sinne des § 1 Absatz 6 Satz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes findet auch § 15 entsprechende Anwendung. ⁴Für die Datenübermittlung ist das Einvernehmen mit der Stelle herzustellen, die die Daten an die Registerbehörde übermittelt hat. ⁵Die Übermittlung von Daten von Unionsbürgern, bei denen eine Feststellung des Nichtbestehens oder des Verlusts des Freizügigkeitsrechts nicht vorliegt, ist nur zur Durchführung ausländer- oder asylrechtlicher Aufgaben zulässig. ⁶Die Übermittlung von Dokumenten nach § 6 Absatz 5 an Behörden und Stellen im Sinne des Satz 1 ist unzulässig. ⁷Im Falle einer Übermittlung der Dokumente nach § 6 Absatz 5 an Behörden nach Satz 3 ist die

empfangende Stelle darauf hinzuweisen, dass die Dokumente nur zu dem Zweck verarbeitet werden dürfen, zu dem sie übermittelt worden sind und eine Weiterübermittlung der Dokumente an Behörden anderer Staaten nicht erfolgen darf.

Fußnoten

```
§ 26: IdF d. Art. 4 Nr. 14 G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005

§ 26 Satz 1 bis 3: Früher Satz 1 u. 2 gem. u. idF d. Art. 47 Nr. 16 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 26 Satz 4: Früher Satz 3 gem. Art. 47 Nr. 16 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 26 Satz 5 (früher Satz 4): Eingef. durch Art. 1 Nr. 22 G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013, jetzt Satz 5 gem. Art. 47 Nr. 16 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 26 Satz 6 u. 7: Eingef. durch Art. 1 Nr. 27 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022
```

§ 26a Datenübermittlung an die Europäische Kommission nach Artikel 27 der Richtlinie 2001/55/EG

¹An die Europäische Kommission werden die Daten, die dem Umfang nach den Daten nach § 91a des Aufenthaltsgesetzes entsprechen, zur Aufgabenerfüllung nach Artikel 27 der Richtline 2001/55/EG übermittelt. ²§ 26 Satz 4 ist nicht anzuwenden.

Fußnoten

§ 26a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 27 G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024

§ 27 Datenübermittlung an sonstige nichtöffentliche Stellen

- (1) ¹An sonstige nichtöffentliche Stellen können zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf Ersuchen Daten über die aktenführende Ausländerbehörde, zum Zuzug oder Fortzug oder über das Sterbedatum der betroffenen Person übermittelt werden, wenn die Nachfrage bei der zuletzt zuständigen Meldebehörde erfolglos geblieben ist und ein rechtliches Interesse an der Kenntnis des Aufenthaltsortes nachgewiesen wird. ²Der Nachweis kann nur erbracht werden durch die Vorlage
- 1. eines nach deutschem Recht gültigen Vollstreckungstitels,
- 2. einer Aufforderung eines deutschen Gerichts, Daten aus dem Register nachzuweisen,
- 3. einer Bescheinigung einer deutschen Behörde, aus der sich ergibt, daß die Daten aus dem Register zur Durchführung eines dort anhängigen Verfahrens erforderlich sind.
- ³§ 25 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.
- (2) ¹Vor der Datenübermittlung ist der betroffenen Person Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, es sei denn, die Anhörung liefe dem Zweck der Übermittlung zuwider. ²Werden die Daten ohne Anhörung der betroffenen Person übermittelt, sind die wesentlichen Gründe dafür schriftlich oder elektronisch niederzulegen. ³Willigt die betroffene Person nicht ein, ist die Datenübermittlung unzulässig. ⁴Die Aufzeichnungen sind für die datenschutzrechtliche Kontrolle bestimmt. ⁵Sie müssen den Zweck der Datenübermittlung und die Dritten, an die Daten übermittelt worden sind, eindeutig erkennen lassen. ⁶Die Registerbehörde hat sie gesondert aufzubewahren, durch geeignete Vorkehrungen gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und nach Fristablauf zu löschen, sofern sie nicht für ein bereits eingeleitetes Kontrollverfahren benötigt werden.
- (3) Eine Weiterübermittlung der Daten durch die in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Stellen ist unzulässig.
- (4) (weggefallen)

Fußnoten

§ 27 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 23 G v. 20.12.2012 | 2745 mWv 1.9.2013 u. d. Art. 47 Nr. 17 Buchst. a G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 27 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 47 Nr. 17 Buchst. b DBuchst. aa G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 27 Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 82 G v. 29.3.2017 I 626 mWv 5.4.2017 u. d. Art. 47 Nr. 17 Buchst. b DBuchst. bb G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019

§ 27 Abs. 2 Satz 3: IdF d. Art. 47 Nr. 17 Buchst. b DBuchst. cc G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019

§ 27 Abs. 2 Satz 5: IdF d. Art. 4 Nr. 15 G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005

§ 27 Abs. 4: Aufgeh. durch Art. 3 Abs. 9 Nr. 1 G v. 18.7.2016 I 1666 mWv 1.10.2019

Kapitel 3 Visadatei

§ 28 Anlaß der Speicherung

Die Speicherung von Daten eines Ausländers ist zulässig, wenn er ein Visum beantragt.

§ 29 Inhalt

- (1) Folgende Daten werden gespeichert:
- 1. das Geschäftszeichen der Registerbehörde (Visadatei-Nummer),
- 1a. das Visumaktenzeichen der Registerbehörde,
- 2. die Auslandsvertretung oder das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten; bei einem Antrag auf Erteilung eines Ausnahmevisums die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs betraute Behörde,
- 3. die Grundpersonalien und die weiteren Personalien,
- 4. das Lichtbild.
- 5. das Datum der Datenübermittlung,
- 6. die Entscheidung über den Antrag, die Rücknahme des Antrags, die Erledigung des Antrags auf andere Weise sowie die Rücknahme, die Annullierung, die Aufhebung und den Widerruf des Visums,
- 7. das Datum der Entscheidung und das Datum der Übermittlung der Entscheidung,
- 8. Art, Nummer und Geltungsdauer des Visums,
- 9. die im Visaverfahren beteiligte Ausländerbehörde,
- 10. bei Erteilung eines Visums das Datum der Verpflichtungserklärung nach § 68 Abs. 1, § 66 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes und die Stelle, bei der sie vorliegt,
- 11. bei Vorlage ge- oder verfälschter Dokumente im Visaverfahren die Bezeichnung der vorgelegten ge- oder verfälschten Dokumente (Art und Nummer des Dokuments, im Dokument enthaltene Angaben über Aussteller, Ausstellungsdatum, Gültigkeitsdauer),
- 12. Entscheidungen der Bundesagentur für Arbeit über die Zustimmung zur Beschäftigung, einschließlich der Nebenbestimmungen.
- (2) Aus Gründen der inneren Sicherheit werden bei Visaanträgen von Angehörigen bestimmter Staaten, die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt festgelegt werden können, zusätzlich zu den Daten nach Absatz 1 Paßart, Paßnummer und ausstellender Staat gespeichert.
- (3) (weggefallen)

Fußnoten

§ 29 Abs. 1: IdF d. Art. 13 Nr. 9 Buchst. a G v. 9.1.2002 | 361 mWv 1.1.2002

§ 29 Abs. 1 Nr. 1a: Eingef. durch Art. 4 Nr. 14 Buchst. a G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 29 Abs. 1 Nr. 2: IdF d. Art. 5 Abs. 2 Nr. 4 G v. 12.6.2020 I 1241 mWv 24.6.2020

§ 29 Abs. 1 Nr. 6: IdF d. Art. 2 Nr. 5 Buchst. a G v. 14.3.2005 I 721 mWv 18.3.2005 u. d. Art. 2 G v.

29.8.2013 | 3484 mWv 6.9.2013

§ 29 Abs. 1 Nr. 9: Eingef. durch Art. 4 Nr. 14 Buchst. b G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007 | 29 Abs. 1 Nr. 10 (früher Nr. 9): IdF d. Art. 4 Nr. 16 G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005; jetzt Nr. 10 gem. Art. 4 Nr. 14 Buchst. c G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007 | 29 Abs. 1 Nr. 11 (früher Nr. 10): IdF d. Art. 2 Nr. 5 Buchst. b G v. 14.3.2005 | 721 mWv 18.3.2005; jetzt Nr. 11 gem. Art. 4 Nr. 14 Buchst. c G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007 | 29 Abs. 1 Nr. 12 (früher Nr. 11): Eingef. durch Art. 2 Nr. 5 Buchst. b G v. 14.3.2005 | 721 mWv 18.3.2005; jetzt Nr. 12 gem. Art. 4 Nr. 14 Buchst. c G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007 | 29 Abs. 2: IdF d. Art. 167 V v. 19.6.2020 | 1328 mWv 27.6.2020 | 361 mWv 1.1.2002

§ 30 Übermittelnde Stellen

- (1) Die deutschen Auslandsvertretungen, das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten, die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs betrauten Behörden und die Ausländerbehörden sind zur Übermittlung der Daten nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 bis 12 und Abs. 2 an die Registerbehörde verpflichtet.
- (2) ¹Die in Absatz 1 bezeichneten Stellen dürfen die Daten im Wege der Direkteingabe in das Register übermitteln. ²§ 7 gilt entsprechend.

Fußnoten

§ 30 Abs. 1: IdF d. Art. 13 Nr. 10 G v. 9.1.2002 | 361 mWv 1.1.2002, d. Art. 2 Nr. 5a G v. 14.3.2005 | 721 mWv 18.3.2005, d. Art. 4 Nr. 15 G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 5 Abs. 2 Nr. 5 G v. 12.6.2020 | 1241 mWv 24.6.2020

§ 31 Allgemeine Vorschriften für die Datenübermittlung

- (1) ¹Das Ersuchen um Übermittlung von Daten muss, soweit vorhanden, die Visadatei-Nummer oder Visumaktenzeichen oder Nummer des Visums, anderenfalls alle verfügbaren Grundpersonalien der betroffenen Person enthalten. ²Bei Zweifeln an der Identität des Ausländers kann das Ersuchen auch nur mit Lichtbild gestellt werden. ³Bei Zweifeln an der Echtheit von Ausweispapieren oder Aufenthaltstiteln oder wenn solche Papiere abhanden gekommen sind, kann das Ersuchen auch nur mit Angaben zum Ausweispapier oder zum Aufenthaltstitel gestellt werden. ⁴Stimmen die im Übermittlungsersuchen bezeichneten Personalien mit den gespeicherten Daten nicht überein, ist die Datenübermittlung unzulässig, es sei denn, Zweifel an der Identität bestehen nicht. ⁵Kann die Registerbehörde die Identität nicht eindeutig feststellen, sind zur Identitätsprüfung und -feststellung die Daten ähnlicher Personen nach § 29 Abs. ¹ zu übermitteln. ⁶Die ersuchende Stelle hat alle Daten, die nicht zur betroffenen Person gehören, unverzüglich zu löschen und entsprechende Aufzeichnungen zu vernichten.
- (2) ¹Die Visadatei-Nummer darf im Verkehr mit dem Register benutzt werden. ²Darüber hinaus steht sie nur für die Datenübermittlungen zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, den Auslandsvertretungen und dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten sowie Ausländerbehörden im Rahmen der Aufenthaltsgewährungen zum vorübergehenden Schutz nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes zur Verfügung.
- (3) Im übrigen gelten die §§ 8, 9, 10 Abs. 1 sowie die §§ 11, 12 und 13 entsprechend.

- § 31 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 4 Nr. 17 Buchst. a G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005, d. Art. 4 Nr. 16 Buchst. a G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 47 Nr. 18 Buchst. a G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019
 § 31 Abs. 1 Satz 2 u. 3: Eingef. durch Art. 4 Nr. 16 Buchst. b G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007
 § 31 Abs. 1 Satz 4: Früher Satz 2 gem. Art. 4 Nr. 16 Buchst. b G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007
 § 31 Abs. 1 Satz 5 (früher Satz 3): IdF d. Art. 13 Nr. 11 Buchst. a DBuchst. bb G v. 9.1.2002 | 361 mWv
- 1.1.2002 u. d. Art. 4 Nr. 17 Buchst. b G v. 30.7.2004 | 1950 mWv 1.1.2005; jetzt Satz 5 gem. Art. 4 Nr. 16 Buchst. b G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007
- § 31 Abs. 1 Satz 6: Früher Satz 4 gem. Art. 4 Nr. 16 Buchst. b G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007; idF d. Art. 47 Nr. 18 Buchst. b G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019

§ 31 Abs. 2 Satz 1 (früher einziger Text): ldF d. Art. 13 Nr. 11 Buchst. b G v. 9.1.2002 l 361 mWv 1.1.2002 u. d. Art. 2 Nr. 6 G v. 14.3.2005 l 721 mWv 18.3.2005

§ 31 Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 2 Nr. 6 G v. 14.3.2005 | 721 mWv 18.3.2005; idF d. Art. 5 Abs. 2 Nr. 6 G v. 12.6.2020 | 1241 mWv 24.6.2020

§ 31 Abs. 3: IdF d. Art. 13 Nr. 11 Buchst. c G v. 9.1.2002 I 361 mWv 1.1.2002

§ 32 Dritte, an die Daten übermittelt werden

- (1) Auf Ersuchen werden die Daten an folgende öffentliche Stellen zur Erfüllung ihrer Aufgaben übermittelt:
- 1. die in der Rechtsverordnung nach § 58 Abs. 1 des Bundespolizeigesetzes bestimmte Bundespolizeibehörde und die mit grenzpolizeilichen Aufgaben betrauten Stellen,
- 2. das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
- 3. das Bundeskriminalamt.
- 4. die Landeskriminalämter,
- 5. sonstige Polizeivollzugsbehörden des Bundes und der Länder,
- 6. die Ausländerbehörden und Aufnahmeeinrichtungen oder Stellen nach § 88 Absatz 3 des Asylgesetzes,
- 7. die Träger der Sozialhilfe, die für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Stellen und die für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Stellen,
- 8. die in § 20 Abs. 1 bezeichneten öffentlichen Stellen,
- 9. die Gerichte und Staatsanwaltschaften,
- 10. die Bundesagentur für Arbeit und die Behörden der Zollverwaltung,
- 11. die obersten Bundes- und Landesbehörden, die mit der Durchführung ausländer- und asylrechtlicher Vorschriften als eigener Aufgabe betraut sind, soweit nicht § 21 anzuwenden ist,
- 12. die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen,
- 13. die Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung.
- (2) § 21 Abs. 1 bis 3 und die Übermittlungsregelungen dieses Gesetzes gelten entsprechend.
- (3) Eine Datenübermittlung an nichtöffentliche Stellen ist unzulässig.

- § 32 Überschrift: IdF d. Art. 4 Nr. 18 Buchst. a G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005
- § 32 Abs. 1 Nr. 1: IdF d. Art. 24 Nr. 2 G v. 21.6.2005 | 1818 mWv 1.7.2005 u. d. Art. 2 G v. 26.2.2008 | 215 mWv 1.3.2008
- § 32 Abs. 1 Nr. 2: IdF d. Art. 4 Nr. 18 Buchst. b G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005
- § 32 Abs. 1 Nr. 5 u. 6: Eingef. durch Art. 13 Nr. 12 Buchst. a G v. 9.1.2002 | 361 mWv 1.1.2002
- § 32 Abs. 1 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr.32 G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024
- § 32 Abs. 1 Nr. 7: Eingef. durch Art. 13 Nr. 12 Buchst. a G v. 9.1.2002 | 361 mWv 1.1.2002; idF d. Art.
- 2 Nr. 7 Buchst. a G v. 14.3.2005 | 721 mWv 18.3.2005 u. d. Art. 2 Nr. 17 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016
- § 32 Abs. 1 Nr. 8: Früher Nr. 5 gem. Art. 13 Nr. 12 Buchst. b G v. 9.1.2002 I 361 mWv 1.1.2002
- § 32 Abs. 1 Nr. 9: Früher Nr. 6 gem. Art. 13 Nr. 12 Buchst. b G v. 9.1.2002 I 361 mWv 1.1.2002; idF d.
- Art. 2 Nr. 7 Buchst. b G v. 14.3.2005 I 721 mWv 18.3.2005
- § 32 Abs. 1 Nr. 10: Eingef. durch Art. 2 Nr. 7 Buchst. b G v. 14.3.2005 I 721 mWv 18.3.2005; idF d. Art. 4 Nr. 17 Buchst. a G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007
- § 32 Abs. 1 Nr. 11: Eingef. durch Art. 4 Nr. 17 Buchst. b G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007; idF d.
- Art. 3 Nr. 4 Buchst. a G v. 23.6.2017 | 1822 mWv 26.6.2017 (bezeichnet als Abs. 1 Satz 1 Nr. 11)
- § 32 Abs. 1 Nr. 12: Eingef. durch Art. 3 Nr. 4 Buchst. b G v. 23.6.2017 | 1822 mWv 26.6.2017 (bezeichnet als Abs. 1 Satz 1 Nr. 12); idF d. Art. 14 Nr. 4 Buchst. a G v. 19.12.2022 | 2606 mWv 28.12.2022

§ 32 Abs. 1 Nr. 13: Eingef. durch Art. 14 Nr. 4 Buchst. b G v. 19.12.2022 | 2606 mWv 28.12.2022 § 32 Abs. 2: IdF d. Art. 13 Nr. 12 Buchst. c G v. 9.1.2002 | 361 mWv 1.1.2002

§ 33 Abruf im automatisierten Verfahren

¹Die in § 32 bezeichneten Stellen können zum Abruf von Daten im automatisierten Verfahren zugelassen werden. ²§ 22 Absatz 1 Satz 2 bis 4 und Absatz 2 bis 4 gilt entsprechend.

Fußnoten

§ 33 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 33 G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024

Kapitel 4 Rechte der betroffenen Person

Fußnoten

Kapitel 4 Überschrift: IdF d. Art. 47 Nr. 19 G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019

§ 34 Auskunft an die betroffene Person; Datenschutzcockpit

- (1) In dem Antrag auf Auskunft nach Artikel 15 der Verordnung (EU) 2016/679 muss die betroffene Person ihre Grundpersonalien angeben.
- (2) Das Recht auf Auskunft der betroffenen Person nach Artikel 15 der Verordnung (EU) 2016/679 besteht dann nicht, soweit
- 1. die Auskunft die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben gefährden würde, die in der Zuständigkeit der öffentlichen Stelle liegen, die die Daten an das Register übermittelt hat,
- 2. die Auskunft die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
- 3. die Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen

und deswegen das Interesse der betroffenen Person an der Auskunftserteilung zurücktreten muß.

- (3) ¹Sind die Daten der betroffenen Person von einer der in § 20 Abs. 1 bezeichneten öffentlichen Stellen, den Polizeivollzugsbehörden oder den Staatsanwaltschaften an das Register übermittelt worden, ist die Auskunft über die Herkunft der Daten nur mit deren Einwilligung zulässig. ²Dasselbe gilt für die Auskunft über den Empfänger oder Kategorien von Empfängern der Daten, soweit sie an die in Satz 1 bezeichneten Stellen oder an Gerichte übermittelt worden sind. ³Die Einwilligung darf nur unter den in Absatz 2 bezeichneten Voraussetzungen versagt werden. ⁴Die in § 20 Abs. 1 bezeichneten öffentlichen Stellen können ihre Einwilligung darüber hinaus unter den in § 15 Abs. 2 Nr. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, auch in Verbindung mit § 9 des BND-Gesetzes und § 9 des MAD-Gesetzes, bezeichneten Voraussetzungen versagen.
- (4) ¹Gegenüber der betroffenen Person bedarf die Ablehnung der Auskunftserteilung keiner Begründung, wenn dadurch der mit der Ablehnung verfolgte Zweck gefährdet würde. ²Die Begründung ist in diesem Fall zum Zweck einer datenschutzrechtlichen Kontrolle schriftlich oder elektronisch niederzulegen und fünf Jahre aufzubewahren. ³Sie ist durch geeignete Maßnahmen gegen unberechtigten Zugriff zu sichern. ⁴Die betroffene Person ist darauf hinzuweisen, dass sie sich an die Bundesbeauftragte oder den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden kann.
- (5) ¹Wird der betroffenen Person keine Auskunft erteilt, ist sie auf sein oder ihr Verlangen die oder dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit zu erteilen, soweit nicht die Daten der betroffenen Person von einer der in § 20 Abs. 1 bezeichneten öffentlichen Stelle übermittelt worden sind und die jeweils zuständige oberste Bundesbehörde im Einzelfall feststellt, daß dadurch die Sicher-

heit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. ²Die Mitteilung der oder des Bundesbeauftragten an die betroffene Person darf keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der speichernden Stelle zulassen, sofern diese nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

(6) ¹Die Registerbehörde ist verpflichtet, sämtliche Datenübermittlungen nach diesem Gesetz an das Register und aus dem Register gemäß den §§ 9, 13 zu protokollieren und der betroffenen Person digital über eine zentrale Stelle transparent zu machen (AZR-Datenschutzcockpit). ²Dazu stellt die Registerbehörde eine IT-Komponente zur Verfügung, mit der sich natürliche Personen Auskünfte zu den sie betreffenden Datenübermittlungen nach diesem Gesetz von öffentlichen Stellen an das Register und vom Register an öffentliche Stellen anzeigen lassen können. ³Diese Daten werden im AZR-Datenschutzcockpit nur für die Dauer des jeweiligen Nutzungsvorgangs gespeichert; nach Beendigung des Nutzungsvorgangs sind sie unverzüglich zu löschen. ⁴Die Absätze 2 bis 5 gelten entsprechend. ⁵§ 10 des Onlinezugangsgesetzes bleibt unberührt für Datenübermittlungen nach dem Identifikationsnummerngesetz. ⁶Sobald das Bundesministerium des Innern und für Heimat im Bundesanzeiger bekannt gibt, dass die technischen und rechtlichen Voraussetzungen für eine Anzeige der Datenübermittlungen nach diesem Gesetz im Datenschutzcockpit nach § 10 des Onlinezugangsgesetzes vorliegen, sollen das Datenschutzcockpit nach dem Onlinezugangsgesetz und das Datenschutzcockpit nach diesem Gesetz in der Weise zusammengeführt werden, dass das AZR-Datenschutzcockpit im Datenschutzcockpit nach dem Onlinezugangsgesetz aufgeht. ⁷§ 9 Absatz 2 und 3 des Identifikationsnummerngesetzes gilt ab diesem Zeitpunkt entsprechend. ⁸Das Nähere zum Zugang, zu den technischen Verfahren, den technischen Formaten der Datensätze und den Übertragungswegen legt das Bundesministerium des Innern und für Heimat durch Rechtsverordnung fest.

Fußnoten

- § 34 Überschrift: IdF d. Art. 47 Nr. 20 Buchst. a G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019 u. d. Art. 1 Nr. 34 Buchst. a G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 1.5.2025
- § 34 Abs. 1: IdF d. Art. 47 Nr. 20 Buchst. b G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 34 Abs. 1: IdF d. Art. 47 Nr. 20 Buchst. c G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019
- § 34 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 47 Nr. 20 Buchst. d G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019
- § 34 Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 4 Nr. 19 Buchst. b G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005
- \S 34 Abs. 3 Satz 4: IdF d. Art. 3 Abs. 4 Nr. 2 G v. 23.12.2016 I 3346 mWv 31.12.2016 u. d. Art. 8 Nr. 2 G v. 19.4.2021 I 771 mWv 1.1.2022
- § 34 Abs. 4 Satz 1: IdF d. Art. 47 Nr. 20 Buchst. e DBuchst. aa G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 34 Abs. 4 Satz 2: IdF d. Art. 82 G v. 29.3.2017 I 626 mWv 5.4.2017
- § 34 Abs. 4 Satz 4: IdF d. Art. 47 Nr. 20 Buchst. e DBuchst. bb G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 34 Abs. 5 Satz 1: IdF d. Art. 4 Nr. 18 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 47 Nr. 20 Buchst.
- f DBuchst. aa G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 34 Abs. 5 Satz 2: IdF d. Art. 47 Nr. 20 Buchst. f DBuchst. bb G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019
- § 34 Abs. 6: Eingef. durch Art. 1 Nr. 34 Buchst. b G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 1.5.2025

§ 34a Datenschutzrechtliche Kontrolle

- (1) ¹Die Kontrolle der Durchführung des Datenschutzes obliegt nach § 9 Absatz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes der oder dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

 ²Die von den Ländern in das Ausländerzentralregister eingegebenen Datensätze können auch von den jeweiligen Landesbeauftragten für den Datenschutz im Zusammenhang mit der Wahrnehmung ihrer Prüfungsaufgaben in den Ländern kontrolliert werden, soweit die Länder nach § 8 Absatz 1 verantwortlich sind. ³Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit arbeitet insoweit mit den Landesbeauftragten für den Datenschutz zusammen.
- (2) Die in Absatz 1 genannten Stellen sind im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten verpflichtet, regelmäßig die Durchführung des Datenschutzes zu kontrollieren.

Fußnoten

§ 34a: Eingef. durch Art. 2 Nr. 18 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 | 130 mWv 5.2.2016 § 34a Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 47 Nr. 21 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

Kapitel 5 Berichtigung von Daten, Löschung von Daten und Einschränkung der Verarbeitung

Fußnoten

Kapitel 5 Überschrift: IdF d. Art. 47 Nr. 22 G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019

§ 35 Berichtigung

Die Registerbehörde hat die nach den §§ 3 bis 5 und 29 gespeicherten Daten nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2016/679 zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind.

Fußnoten

§ 35: IdF d. Art. 47 Nr. 23 G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019

§ 36 Löschung

- (1) ¹Die Registerbehörde hat Daten spätestens mit Fristablauf zu löschen. ²Bei der Datenübermittlung teilt die übermittelnde Stelle für sie geltende Löschungsfristen mit. ³Die Registerbehörde hat die jeweils kürzere Frist zu beachten. ⁴Eine Löschung hat unverzüglich zu erfolgen, wenn die Speicherung der Daten unzulässig war. ⁵Eine Löschung erfolgt ferner, wenn die Registerbehörde eine Mitteilung nach § 8 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 erhält.
- (2) ¹Der Datensatz eines Ausländers ist unverzüglich zu löschen, wenn die betroffene Person die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat oder die Registerbehörde nach der Speicherung der Daten der betroffenen Person erfährt, dass sie Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. ²Der Datensatz eines Ausländers nach § 2 Absatz 2a ist unverzüglich zu löschen, wenn seine Aufnahme aus dem Ausland abgelehnt wurde.
- (3) Sobald die Ausländerbehörden Kenntnis vom Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit oder von der Feststellung der Eigenschaft als Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes eines Ausländers erhalten haben, teilen sie dies der Registerbehörde mit.

Fußnoten

§ 36 Abs. 1 Satz 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 35 Buchst. a G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024 § 36 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 47 Nr. 24 G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019 u. d. Art. 1 Nr. 35 Buchst. b DBuchst. aa G v. 8.5.2024 | Nr. 152 mWv 16.5.2024

§ 36 Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 18 nach Maßgabe d. Art. 11 iVm. Art. 12 Abs. 6 G v. 4.8.2019 I 1131 mWv 1.5.2020; idF d. Art. 1 Nr. 35 Buchst. b DBuchst. bb G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024 § 36 Abs. 2: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 1 Nr. 35 Buchst. b DBuchst. cc G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024

§ 36 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 28 G v. 9.7.2021 I 2467 mWv 15.7.2021 u. d. Art. 1 Nr. 35 Buchst. c G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024

§ 37 Einschränkung der Verarbeitung

- (1) Ergänzend zu Artikel 18 der Verordnung (EU) 2016/679 schränkt die Registerbehörde die Verarbeitung personenbezogener Daten ein, wenn die Daten nur zu Zwecken der Datensicherung oder Datenschutzkontrolle gespeichert sind.
- (2) ¹In der Verarbeitung eingeschränkte Daten sind mit einem Sperrvermerk zu versehen. ²Sie dürfen außer zur Prüfung der Richtigkeit ohne Einwilligung der betroffenen Person nicht verarbeitet werden. ³In der Verarbeitung eingeschränkte Daten dürfen unter Hinweis auf den Sperrvermerk außerdem verwendet werden, soweit dies für Zwecke der Strafverfolgung erforderlich ist.

- § 37 Überschrift: IdF d. Art. 47 Nr. 25 Buchst. a G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 37 Abs. 1: IdF d. Art. 47 Nr. 25 Buchst. b G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 37 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 47 Nr. 25 Buchst. c DBuchst. aa G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 37 Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 47 Nr. 25 Buchst. c DBuchst. bb G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
- § 37 Abs. 2 Satz 13: IdF d. Art. 47 Nr. 25 Buchst. c DBuchst. cc G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019

§ 38 Unterrichtung beteiligter Stellen

- (1) ¹Die Registerbehörde hat im Fall einer Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung nach den §§ 35 bis 37 den Empfänger der betreffenden Daten zu unterrichten, wenn dies zur Wahrung überwiegender schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person erforderlich ist. ²Sie hat auch diejenige Stelle zu unterrichten, die ihr diese Daten übermittelt hat.
- (2) Absatz 1 gilt nicht für Löschungen bei Fristablauf.

Fußnoten

§ 38 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 47 Nr. 26 G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019

Kapitel 6 Weitere Behörden

§ 39 Aufsichtsbehörden

¹Auf Aufsichtsbehörden sind die für die beaufsichtigten Behörden jeweils geltenden Vorschriften dieses Gesetzes entsprechend anzuwenden, soweit dies für die Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion erforderlich ist. ²Ein Abruf von Daten im automatisierten Verfahren ist unzulässig.

Kapitel 7 Schlußvorschriften

§ 40 Rechtsverordnungen

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bestimmt mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung

- 1. Näheres zu den Daten, die
 - a) von der Registerbehörde gespeichert werden,
 - b) an und durch die Registerbehörde übermittelt oder innerhalb der Registerbehörde weitergegeben werden;
- 2. Näheres zu den Voraussetzungen und zum Verfahren
 - a) der Übermittlung von Daten an und durch die Registerbehörde, insbesondere der Direkteingabe von Daten und des Datenabrufs im automatisierten Verfahren, sowie der Weitergabe innerhalb der Registerbehörde,
 - b) der Identitätsprüfung nach § 10 Abs. 3, § 21 Abs. 3 und § 31 Abs. 1,
 - c) bei Gruppenauskünften,
 - d) der Übermittlungssperren, der Einschränkung der Verarbeitung und der Auskunft an die betroffene Person,
 - e) bei der Fertigung, Aufbewahrung, Verwendung, Löschung oder Vernichtung der im Gesetz vorgesehenen Aufzeichnungen,
 - f) bei Dokumenten nach § 6 Absatz 5;

- 3. Näheres zur Verantwortung für den Registerinhalt und die Datenpflege;
- 4. die im Hinblick auf die Zweckbindung angemessenen Fristen für die Löschung der im Ausländerzentralregister gespeicherten Daten;
- 5. Regelungen über die elektronische Registerführung und die elektronische Datenübermittlung zwischen der Registerbehörde und den mit der Durchführung ausländer- und asylrechtlicher Vorschriften beauftragten Behörden und anderen öffentlichen Stellen, die sich auf die technischen Grundsätze des Aufbaus der verwendeten Standards und das Verfahren der Datenübermittlung beziehen.

 \S 40: Früherer Abs. 2 aufgeh., früherer Abs. 1 jetzt einziger Text gem. u. idF d. Art. 3 Abs. 9 Nr. 2 Buchst. a u. b G v. 18.7.2016 I 1666 mWv 1.10.2019

§ 40 Eingangssatz: IdF d. Art. 167 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020

§ 40 Nr. 2 Buchst. d: IdF d. Art. 47 Nr. 27 Buchst. a G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019 (in der Änderungsanweisung bezeichnet als "Absatz 1 ...")

 \S 40 Nr. 2 Buchst. e: IdF d. Art. 47 Nr. 27 Buchst. b G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019 (in der Änderungsanweisung bezeichnet als "Absatz 1 ...") u. d. Art. 1 Nr. 29 Buchst. a G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022

§ 40 Nr. 2 Buchst. f: Eingef. durch Art. 1 Nr. 29 Buchst. b G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 1.11.2022

§ 40 Nr. 4 (früher Abs. 1 Nr. 4): IdF d. Art. 5 Nr. 4 Buchst. a G v. 22.11.2011 I 2258 mWv 26.11.2011 u.

d. Art. 2 Nr. 19 nach Maßgabe d. Art. 13 G v. 2.2.2016 I 130 mWv 5.2.2016

§ 40 Nr. 5 (früher Abs. 1 Nr. 5): Eingef. durch Art. 5 Nr. 4 Buchst. b G v. 22.11.2011 I 2258 mWv 26.11.2011

§ 41 Verwaltungsvorschriften

- (1) ¹Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften zu diesem Gesetz und zu den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen erlassen. ²Bei bundeseigener Verwaltung bedürfen die allgemeinen Verwaltungsvorschriften nicht der Zustimmung des Bundesrates.
- (2) ¹Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat benennt in einer Dienstvorschrift die Daten, die von der Registerbehörde nach § 20 Abs. 1 übermittelt werden. ²Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit ist vor Erlaß der Dienstvorschrift anzuhören.

Fußnoten

§ 41 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 30 G v. 9.7.2021 | 2467 mWv 15.7.2021

§ 41 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 167 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020

§ 41 Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 47 Nr. 28 G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019

§ 42 Strafvorschriften

- (1) Wer unbefugt personenbezogene Daten, die nicht offenkundig sind,
- 1. speichert, verändert oder übermittelt,
- 2. zum Abruf mittels automatisiertem Verfahren bereithält oder
- 3. abruft oder sich oder einem anderen aus Dateien verschafft,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

- (2) Ebenso wird bestraft, wer
- die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die nicht offenkundig sind, durch unrichtige Angaben erschleicht oder
- 2. personenbezogene Daten entgegen § 25 Abs. 3 Satz 1, auch in Verbindung mit § 27 Abs. 1 Satz 3, verwendet, indem er sie innerhalb der nichtöffentlichen Stelle weitergibt.

- (3) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.
- (4) (weggefallen)

§ 42 Abs. 4: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 36 G v. 8.5.2024 I Nr. 152 mWv 16.5.2024

§ 43 Aufhebung von Rechtsvorschriften

Fußnoten

§ 43: Aufhebungsvorschrift

§ 44 Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren

Von den in diesem Gesetz getroffenen Regelungen des Verwaltungsverfahrens der Länder kann mit Ausnahme von § 5 Abs. 4 Satz 1, § 10 Abs. 3 Satz 3 und § 11 Abs. 1 nicht durch Landesrecht abgewichen werden.

Fußnoten

§ 44: IdF d. Art. 4 Nr. 19 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

Redaktionelle Hinweise

Diese Norm enthält nichtamtliche Satznummern.

© juris GmbH